Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Sonnabend, den 31. Mai 1919 | Nummer 260 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 M., bei Zustellung unter Streifband 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.
Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 30 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen zahlt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.
Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Verschärfung des Belagerungszustandes.

Noske rationiert die Versammlungsfreiheit.

Reichswehrminister Noske erläßt folgende Bekanntmachung:

Ich habe Veranlassung, den § 2 Ziffer 1 meiner Verordnung vom 3. März 1919 mit allem Nachdruck in Erinnerung zu bringen.

Von der darin enthaltenen Bestimmung, daß öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel verboten sind, habe ich in letzter Zeit mehrfach Ausnahmen gemacht, um der Bevölkerung Groß-Berlins Gelegenheit zu geben, zu den Friedensbedingungen Stellung zu nehmen. Nachdem dies nunmehr in ausreichender Weise geschehen ist, werde ich davon Abstand nehmen, weitere Ausnahmen zuzulassen.

Ferner habe ich den Herrn Polizeipräsidenten ersucht, an die Anträge zur Genehmigung von öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen einen schärferen Maßstab als bisher zu legen. Eine Reihe von Versammlungen, als deren Zweck bei der Anmeldung die Stellungnahme zu den Friedensbedingungen bezeichnet war, und die unter dieser Voraussetzung genehmigt wurden, sind zu staatsgefährlichen Hetzereien und zur Aufwiegelung zu erneuten Putschversuchen ausgenutzt worden.

In zahlreichen Fällen ist der Versuch gemacht worden, unter Umgehung der Verordnungen über den Belagerungszustand öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen ohne Genehmigung des Polizeipräsidiums abzuhalten. Der Herr Polizeipräsident ist von mir dafür verantwortlich gemacht worden, derartige Uebergriffe mit den ihm zur Verfügung stehenden polizeilichen und militärischen Machtmitteln zu verhindern.

In einer Reihe von Fällen ist versucht worden, die Bestimmungen des Belagerungszustandes dadurch zu umgehen, daß Versammlungen als „geschlossene Gesellschaften“ bezeichnet wurden, zu denen aber Gäste in beliebiger Zahl Zutritt hatten. Auch diese Versuche werden in Zukunft durch das Polizeipräsidium verhindert werden.

Die obenstehende Bekanntmachung zeigt erneut, in wie väterlicher Weise Herr Noske für das Wohl der Bevölkerung sorgt. Da sie zu den Friedensbedingungen „in ausreichender Weise“ Stellung genommen hat, werden öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel nicht mehr gestattet. Ob sich dieses Verbot auch auf die Umzüge und Manifestationen der schwarz-weiß-roten Patrioten erstreckt, ist ungewiß. Sicher aber ist, daß den Arbeitern jede öffentliche Kundgebung unmöglich gemacht werden wird. Herrn Noske liegt anscheinend unsere Massenkundgebung vom 21. Mai schwer im Magen.

Auch bei Versammlungen in geschlossenen Räumen soll jetzt ein „schärferer Maßstab“ angewandt werden. Herr Noske faselt etwas von „staatsgefährlichen Hetzereien“ und „Aufwiegelung zu erneuten Putschversuchen“, die in Versammlungen vorgekommen sein sollen. So wollen es seine Spitzel wahr haben und deshalb wird der Berliner Bevölkerung die Fessel des Belagerungszustandes ebenso fest um den Leib gezogen wie in der schönen Zeit der Lichtenberger Tatarennachrichten.

Inzwischen aber „kämpfen“ die deutschen Friedensdelegierten in Versailles für „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ in der „freien“ deutschen Republik!

Französische Gewerkschaftsführer bei Clemenceau.

Paris, 30. Mai. (Havas.)

Clemenceau empfing Mittwoch abend eine Delegation der Confédération du travaille unter Führung von Jouhaux, Merheim und Bide-Tarre. Die Delegation unterrichtete Clemenceau über die letzten Arbeiten des Bundeskomitees und unterbreitete ihm die verschiedenen Resolutionen über die Politik Frankreichs gegenüber Rußland und Ungarn, sowie über die Bedingungen des Friedensvertrages.

Paris, 30. Mai.

Clemenceau erklärte gegenüber einem Vertreter der Confédération du travaille am Mittwoch inbetreff einer Intervention in Rußland, er sei der Ansicht, daß keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands erfolgen dürfe. Die französische Regierung ordnete die Räumung der russischen Gebiete, insbesondere die Räumung Odessas an. Diese Maßnahmen werden durch die Erwartung bestimmt, daß die mit Frankreich befreundeten Grenzvölker Rußlands sich vor einem Angriff der russischen Legionen sicherten und daß die gegenwärtig an den Grenzen von Polen und Rumänien stehenden französischen Orienttruppen in die Heimat zurückbefördert werden können.

Ein internationaler Skandal.

Weiteres zum Fall Vogel.

Das Auswärtige Amt hat sich zum Falle Vogel noch nicht geäußert. Wir dürfen darin mit Recht eine Bestätigung unserer Mitteilung erblicken, daß die Paßstelle des Auswärtigen Amts in den ersten Tagen des Mai 1919 den Paß für Curt Velsen mit dem Sichtvermerk „für eine Auslandsreise“ versehen hat. Wir wiederholen, daß dies unter Nummer 2575 geschehen ist. Das Auswärtige Amt wird sich aber doch unverzüglich erklären müssen, in welcher Weise dieser internationale Skandal entstehen konnte, der es ermöglicht hat, daß ein bestrafter Verbrecher unter falschem Namen sich nach Holland mit einem Sichtvermerk des Auswärtigen Amts einschleichen konnte.

Für die Vorsicht der hohen Beschützer des Vogel-Velsen ist noch folgende Tatsache sehr bezeichnend: Wie wir mitgeteilt hatten, ist der Paß Anfang Mai ausgestellt worden. Nachdem das Auswärtige Amt den Sichtvermerk für die Auslandsreise erteilt hatte, behielten die Beschützer Vogels den Paß in Reserve, offenbar, um den Verlauf des Prozesses wegen der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg abzuwarten. Der Prozeß begann am 8. Mai. In den letzten Tagen wurde die Beteiligung Vogels an den Verbrechen immer klarer und seine Beschützer mußten immer mehr mit einer Verurteilung Vogels rechnen. Nunmehr erschien es nötig, den Sichtvermerk des Landes zufügen zu lassen, wohin sich Vogel wenden sollte und wollte. Dies war Holland. Am 13. Mai erwirkten die Beschützer Vogels im Holländischen Generalkonsulat die Erteilung des Sichtvermerkes für Holland. Es ist mit voller Sicherheit anzunehmen, daß Vogel bei dem leichten und ungezwungenen Verkehr, den der Vorsitzende des Gerichts zwischen Zuhörerraum und Anklageraum zuließ, schon vor Schluß der Verhandlung und vor der Verkündung des Urteils von seinen Beschützern und Freunden erfahren hat, daß er nach amtlich-visiertem Paß nunmehr Vogel-Velsen heiße und nach Holland werde abreisen können. Man kann sich vorstellen, daß Vogel unter solchen Umständen der Verkündung des Urteils mit voller Ruhe, wenn nicht mit gelassener Heiterkeit entgegengesehen hat.

Der Angestellte des holländischen Generalkonsulats, der diese Paßangelegenheit bearbeitet hat, heißt Lang. Wir können uns nicht vorstellen, daß dieser Herr um die Fälschung des Passes gewußt hat. Keiner der Betriebe der Generalkonsulate ist so gestaltet, daß die Angestellten selbständig Sichtvermerke zu Pässen erteilen dürfen; ganz und gar nicht dürfte dies im holländischen Generalkonsulat vorkommen, da ja, wie wir wiederholt bemerkten, die Einreiseerlaubnis nach Holland besonders schwer und, von seltenen Ausnahmen abgesehen, nur auf Anweisung des holländischen Ministeriums zu erlangen ist. Wir müssen also annehmen, daß Herr Lang den Sichtvermerk ausgestellt hat, weil er den Auftrag hierfür erhalten hat. Welche Stelle ihm den Auftrag gegeben und ob diese Stelle dabei die nötige Vorsicht beobachtet oder gar aus irgendwelchen Gründen ein Auge zugedrückt hat, das entzieht sich unserer Kenntnis. Wir müssen es den holländischen Behörden überlassen, diese Sache zu untersuchen, wiederholen aber freilich mit aller Entschiedenheit, daß auch das Auswärtige Amt aufklären muß, wie es hat geschehen können, daß die Paßstelle des Auswärtigen Amts den Sichtvermerk zur Reise ins Ausland auf einen gefälschten Paß hat setzen können. Das Auswärtige Amt ist um so mehr zu einer solchen Aufklärung verpflichtet, da der Sichtvermerk des Auswärtigen Amts eine notwendige, aber im gewöhnlichen internationalen Verkehr auch ausreichende Vorbedingung für die Erteilung des Sichtvermerks in den Einreisestaat ist.

Also nochmals: Das Auswärtige Amt hat das Wort!

Die Armee und der Frieden.

R. S. Die Bedingungen von Versailles bedeuten das Ende der deutschen Offizierskaste. Werden sie unterzeichnet, so wird die Zahl der Offiziersstellen auf ein Minimum reduziert und die gesellschaftlichen Kreise, die im Offiziersberuf ihre Zukunft sehen, werden von Erwerbslosigkeit bedroht.

Die Revolution und das schlimme Ende des Krieges haben begonnen, was die Friedensbedingungen beenden sollen. Als die Front zusammenbrach und die geschlagenen Armeen sich heimwärts wälzten, als die ersten Nachrichten von der siegreichen Revolution im Innern in der Feldarmee bekannt wurden, da beschäftigte sich der schadenfrohe Witz der gequälten und erniedrigten Soldaten lebhaft mit dem Bild des abgedankten Offiziers, der an den Straßenecken der Reichshauptstadt Streichhölzer verkauft.

So schlimm wird es nicht werden. Die deutschen Offiziere, deren Ruhm in den letzten Monaten des Krieges völlig dahingeschwunden war, haben sich in den letzten Monaten der Revolution einen neuen „Ruhm“ erworben. Hat die konterrevolutionäre Betätigung der Offiziere das Ansehen des Offiziersberufes in den Augen aller anständigen Menschen auch auf den Nullpunkt sinken lassen, so hat sie ihnen doch von neuem eine einflußreiche Stellung im Lande und den Anspruch auf die liebevolle Fürsorge der sozialistisch getünchten Regierung von Weimar verschafft. Diese Regierung wird es sich nicht nehmen lassen, durch reichliche Pensionen und durch die Unterbringung in anderen gut bezahlten Staatsposten auch nach der notgedrungenen Entlassung für das Wohlergehen ihrer getreuen Prätorianer zu sorgen. Man wird die überflüssigen Offiziere nicht auf Erwerbslosenunterstützung setzen und sie werden es nicht nötig haben, regelmäßig auf den Arbeitsnachweisen zur Abstempelung ihrer Arbeitslosenkarten zu erscheinen, wie etwa die aus nichtswürdigen Gründen entlassenen Arbeiter der Heereswerkstätten.

Damit aber wäre nur für die Leute gesorgt, die in der neuen Reichsarmee der Noske und Lüttwitz eine Offiziersstelle innehatten. Dem Offiziersnachwuchs dagegen wird mit der Annahme der Friedensbedingungen der Boden unter den Füßen endgültig fortgezogen. Auch eine Erhöhung der zulässigen Kopfstärke der Armee, wie die deutschen Gegenvorschläge sie verlangen, würde daran nichts ändern.

Wir wissen nicht, ob jene gesellschaftlichen Kreise, aus denen sich nach alter preußischer Tradition der Offiziersstand rekrutierte, überhaupt noch ein Interesse am Dienst ihrer Söhne in der neuen Armee haben. Man mag über sie denken wie man will, zugegeben muß werden, daß sie nicht zum Offiziersberuf strebten, weil er ihnen eine gute Futterkrippe bot. Er erfüllte diese Forderung für die Mehrzahl der Offiziere sogar herzlich schlecht. Was sie reizte, das war der Glanz, mit dem der Name des Offiziers in Deutschland ausgezeichnet war, der politische Einfluß des Offizierkorps und die exklusive gesellschaftliche Stellung des Offiziers. Das alles aber ist auch ohne die Friedensbedingungen endgültig dahin, abgesehen von jenem politischen Einfluß, den die Leute um Lüttwitz aus der Hand verkommener Sozialisten empfangen. Aber dieses Gewächs gedeiht auf unnatürlichem Boden und muß über kurz oder lang durch die Revolution vernichtet werden, wenn nicht die Revolution selbst daran zugrunde gehen soll. Zugeben muß man ferner, daß viele Offiziere der „alten Schule“ mit ihrem Beruf einen gewissen soldatischen Stolz verbinden. Die Erinnerung an ihre „guten Zeiten“ müßte ihnen daher, wenn sie in dieser Hinsicht konsequent bleiben wollten, den Dienst in der Armee der Konterrevolution, die jeder soldatischen Moral bar ist, wenig ruhmvoll erscheinen lassen.

Ihre politische Stellung bringt diese Kreise aber in eine Zwickmühle. Mögen sie als Junker und Soldaten — wenn sie ehrlich sein wollen — die neue Reichswehr noch so niedrig einschätzen, als Politiker müssen sie sie loben, zu erhalten und zu vergrößern suchen, da sie in dieser Armee das wirksame Instrument der Gegenrevolution sehen. Wenn es für sie überhaupt ein Mittel gibt, ihre alte politische Macht wiederherzustellen, so ist es dieses Heer. Daher ist die Klausel in den Bedingungen von Versailles, die die Kopfstärke der deutschen Armee auf 100 000 Mann festlegt,

alle Kriegervereine verbietet und die Schließung des Generalstabes und aller Militärschulen fordert, allerdings eine Wohltat für das deutsche Volk, wenn das deutsche Volk es versteht, diese Bestimmungen des Friedensvertrages zum Ausgangspunkt einer neuen Militärpolitik zu machen, die mit der Größe der Armee auch alle inneren Nichtswürdigkeiten des alten Heeres beseitigt.

Es gibt Politiker, die in den Paragraphen der Friedensbedingungen über das deutsche Heer an sich den Anfang der Entwaffnung Europas sehen. Uns erscheint diese Hoffnung allzu kühn. Der Frieden von Versailles zeigt nun einmal starke Anlagen zu einem Gewaltfrieden. Wir haben wenig Hoffnung, daß die Verhandlungen diesen Charakter der Entente-Bedingungen wesentlich verändern werden. Wenn wir aber der Meinung sind, daß ein Gewaltfrieden — wenn er sich auswirken kann, ohne daß die fortschreitende Weltrevolution ihn revidiert — den Keim neuer Kriege im Schoße trägt, so können wir nicht recht glauben, daß ein bestimmter Teil eines Gewaltfriedens ohne weiteres das Gegenteil, nämlich die radikale Entwaffnung der Menschheit bewirken soll.

Die Dinge würden günstiger liegen, wenn das deutsche Volk aus eigenem Ermessen und revolutionärem Willen zu der Selbstentwaffnung gekommen wäre. Aber das Glück kommt von außen und findet in breiten Volksschichten nur geringen Widerhall. Der deutsche Militarismus, wie wir ihn immer verstanden haben, ist ja nicht tot. Und er lebt ja nicht nur in den Reden und Taten der Noskeiten. Vaterlandsliebe war im alten Reiche gleichbedeutend mit der Ehrfurcht vor dem Glanz der Hohenzollernarmee. Die ganze Volksbildung war angelegt auf die Erziehung zu solcher Vaterlandsliebe und jene Ehrfurcht sitzt heute noch tief in tausend betörten Herzen. Und alle Institutionen, die dieser Volkserziehung zur Demütigkeit vor dem allmächtigen Kürassierstiefel dienten, üben ihre Tätigkeit noch immer ungestört: in den Volksschulen hängen noch heute die Kaiserbilder als ein Symbol und Paraden und Truppenumzüge erfreuen das Auge gedankenloser Schaulustiger — genau wie einst.

Die Begeisterung für das Militärische an sich lebt noch immer in breiten Massen des Volkes. Wir wissen, daß der Widerstand eines Volkes durch nichts so sehr angeregt wird, wie durch das Gefühl, im eigenen Willen beschränkt zu sein durch fremden Einspruch. Das ist die Ursache, weshalb die nationalistischen Demagogen noch immer ein allzu geneigtes Gehör finden, wenn sie sagen, fremde Gewalt will Deutschlands „Größe“ treffen, indem sie die deutsche Armee vernichtet. Wollen wir dieser Agitation mit Erfolg begegnen, dann ist noch sehr viel Aufklärung nötig über das Wesen des preußischen Militarismus im besonderen und über die Lebensgesetze militärischer Dinge im allgemeinen.

Die niedrigen Zahlen allein tun es nicht. So sympathisch sie uns an sich sein mögen, so wenig erfreulich ist — neben der gewaltsamen Einführung der Heeresreduzierung — die Form der Heeresorganisation, die man uns gestattet. Auch diese kleine Armee wird eine Söldnertruppe sein. Eine solche ist aber immer eine Prätorianergarde, die für gutes Geld wahllos jedem Regime dient, das skrupellos genug ist, auf Volksgenossen schießen zu lassen. Sollte es den deutschen Unterhändlern in Versailles gar noch gelingen, eine Erhöhung des Kontingents durchzusetzen — und wir trauen ihnen zu, daß sie ein Hauptgewicht ihrer Bemühungen darauf legen werden — dann bleibt diese Armee eine Gefahr für die Fortentwicklung der Revolution in Deutschland und damit in der Welt. Will das deutsche Volk das Glück, das ihm durch die Reduzierung der Armee erblühen kann, wirklich auskosten und sichern, dann muß es alle Erscheinungen im politischen Leben, die der alte wie der neue Militarismus gezeitigt haben und die ihnen dienten, rücksichtslos ausmerzen. Zu den bösartigen Erscheinungen des neueren Militarismus aber gehört das Söldnertum, das auf Käuflichkeit der Person beruht und der Käuflichkeit der Gesinnung den Boden bereitet. Es ist bezeichnend, daß sich die Unterhändler in Paris nicht gegen diese Form der Armee, sondern nur gegen ihre geringe Kopfstärke wenden.

Es hat zur Zeit wenig praktischen Sinn, dem Söldnertum eine andere Form der Heeresorganisation, etwa die Volksmiliz, entgegenzusetzen. Wir brauchen sie im Augenblick nicht und wissen nicht, ob wir sie jemals noch gebrauchen werden. Auch der Friedensvertrag verbietet uns die Volkswehr. Falsch wäre es auch, von der gegenwärtigen Regierung die Volksmiliz zu fordern. Würde sie sich diesen Gedanken zu eigen machen, so täte sie es nur, um ihn in der Ausführung zu verfälschen. Dieser Regierung gegenüber gilt mit schärferer Betonung denn je das Wort: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

Sollten die internationalen politischen Verhältnisse uns noch einmal zur Volksbewaffnung zwingen, so muß zuvor alles beseitigt werden, was an den Militarismus erinnert. Würden wir auch nur die unscheinbarsten Reste alten militaristischen Geistes in eine neue Heeresorganisation mit hinübernehmen, so würden wir damit die Demokratie im neuen Heere von vornherein der schlimmsten Gefahr aussetzen. So wenig wir sonst der Auffassung huldigen, daß alles Bestehende zertrümmert werden muß, um neuen Dingen Raum zu schaffen, so sehr sind wir der Meinung, daß auf dem Gebiete des Heerwesens nur diese Methode zum Ziele führt. Hinter dieser Forderung bleiben die Friedensbedingungen leider weit zurück.

Das wachsame Kammergericht.

Wie wir schon in unserer gestrigen Abendausgabe mitteilten, hat das Kammergericht die Beschwerde des Genossen Ledebour gegen den Haftbeschluß des Schwurgerichts abgelehnt. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Gründe, die seinerzeit für die Verhängung der Untersuchungshaft maßgebend gewesen seien, auch heute noch fortbeständen. Wegen der Schwere der Straftaten und der Höhe der zu erwartenden Strafe erscheine der Angeklagte nach wie vor fluchtverdächtig.

„Das Kammergericht vermag jedoch nicht einmal der eingeschränkten Auffassung des Schwurgerichts beizutreten, wonach der Angeklagte wenigstens gegenwärtig ernstlich entschlossen sein soll, sich der weiteren Strafverfolgung nicht durch die Flucht zu entziehen. Die Erfahrungen, welche zur Zeit in den Untersuchungen gegen zahlreiche, wegen ähnlicher Straftaten verfolgte Personen gemacht worden sind, sprechen dagegen. Das Kammergericht kann deshalb keinen begründeten Anlaß sehen, von seiner früheren Beurteilung der Sache und Rechtslage abzugehen.

Davon, daß der von den Verteidigern nach angezogene Beschluß einer Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins vom 26. Mai 1919 auf die Entschließung des Kammergerichts einen Einfluß ausüben könnte oder dürfe, kann im Ernst nicht die Rede sein.“

Diese Begründung, mit der die Haftentlassung des Genossen Ledebour abgelehnt wird, legt das beste Zeugnis dafür ab, daß in das Kammergericht auch nicht der leiseste Hauch der neuen Zeit gedrungen ist.

Keine Putschgefahr in Magdeburg.

Wie der „P. P. N.“ aus Magdeburg gedrahtet wird, sind die nach Zeitungsmeldungen bestehenden Befürchtungen wegen drohender Putsche unbegründet. Nach der augenblicklichen Lage ist es nicht wahrscheinlich, daß es in Magdeburg in nächster Zeit zu neuen spartakistischen Putschen kommen wird.

Na also! Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ist also durch eine Spitzelgeschichte hereingelegt worden. Aber auch die rechtssozialistischen Blätter, sogar die „Magdeburger Volksstimme“, malten das drohende Unheil an die Wand. Dieser ganze Spuk würde sofort aufhören, wenn die Regierung endlich auf die Verwendung von Spitzeln verzichten würde.

Kastert und Kuckhoff.

Köln, 30. Mai.

Laut „Kölnischer Volkszeitung“ haben die Abgeordneten Kastert und Kuckhoff ihre Mandate zur preußischen Landesversammlung niedergelegt; sie tun es in der Erwägung, daß über allen persönlichen Fragen die Einheit und Geschlossenheit der Zentrumspartei stehen muß.

W. T. B. teilt mit:

Der Pfarrer Kastert und der Oberlehrer Kuckhoff stehen an der Spitze der klerikalen Kreise, die das Rheinland von Deutschland lösen und es an Frankreich anschließen wollen. Offenbar haben sie ihre Mandate nur deswegen niedergelegt, um für ihre Bestrebungen freie Hand zu haben.

Die Mantelnote.

Am Donnerstag ist den Alliierten von der deutschen Delegation der Rest der deutschen Denkschrift und die Mantelnote überreicht worden. In der Mantelnote wird zuerst ausgeführt, daß die deutschen Delegierten mit dem festen Willen nach Versailles gekommen seien, alles zu tun, was in ihren Kräften liege, um den schweren von Deutschland übernommenen Verpflichtungen nachzukommen. Der der Delegation vorgelegte Vertrag sei aber undurchführbar, die Zumutungen gingen über die Kraft des deutschen Volkes. Zur Wiederherstellung des polnischen Reiches solle auf unbestritten deutsches Gebiet verzichtet werden. Ueberwiegend deutsche Kreise sollen an Belgien abgetreten werden, das deutsche Saargebiet soll vom Reiche gelöst und seine spätere Angliederung an Frankreich vorbereitet werden. 15 Jahre lang solle rheinisches Gebiet besetzt bleiben und die Alliierten sollen es auch nachher noch in der Hand haben, die Rückgabe des Landes zu verweigern. Ein so zerstückeltes und geschwächtes Deutschland soll sich, obgleich auf Erstattung der Kriegskosten ausdrücklich verzichtet würde, grundsätzlich bereit erklären, alle Kriegskosten der Gegner zu tragen. Summen, die das gesamte deutsche Staats- und Privatvermögen um ein Mehrfaches übersteigen würden. Trotz solcher ungeheuren Forderungen werde der gleichzeitige Wiederaufbau des Wirtschaftslebens unmöglich gemacht. Sogar im Innern soll Deutschland sein Selbstbestimmungsrecht aufgeben. So solle ein ganzes Volk seine eigene Ächtung, ja sein Todesurteil unterschreiben. Deutschland wisse, daß es Opfer bringen müsse, um zum Frieden zu kommen und wolle darin an die äußerste Grenze dessen gehen, was ihm möglich sei.

1. Deutschland bietet an, mit der eigenen Entwaffnung allen anderen Völkern voranzugehen, um zu zeigen, daß es helfen will, das neue Zeitalter des Rechtsfriedens herbeizuführen. Es gibt die allgemeine Wehrpflicht auf und verringert, von Uebergangsbestimmungen abgesehen, sein Heer auf 100 000 Mann. Es verzichtet sogar auf die Schlachtschiffe, die ihm seine Feinde noch lassen wollen. Aber es setzt voraus, daß es sofort als gleichberechtigter Staat in den Völkerbund aufgenommen wird. Es setzt voraus, daß ein echter Völkerbund entsteht, der alle Nationen einschließt, die guten Willens sind, auch die Feinde von heute. Der Bund muß von einem Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit getragen werden und über eine Zwangsgewalt verfügen, die stark und zuverlässig genug ist, um die Grenzen seiner Mitglieder zu schützen.

2. In territorialen Fragen stellt sich Deutschland rückhaltlos auf den Boden des Wilsonprogramms. Es verzichtet auf seine Staatshoheit in Elsaß-Lothringen, wünscht aber dort eine freie Volksabstimmung. Es tritt den größten Teil der Provinz Posen, die unbestreitbar polnisch besiedelten Gebiete nebst der Hauptstadt Posen an Polen ab. Es ist bereit, den Polen durch Einräumung von Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel, durch eine Weichsel-Schiffahrtsakte und durch besondere Eisenbahnverträge freien und sicheren Zugang zum Meere unter internationaler Garantie zu gewähren. Deutschland ist bereit, die wirtschaftliche Versorgung Frankreichs mit Kohlen, besonders dem Saargebiet, bis zur Wiederherstellung der französischen Bergwerke zu sichern. Die vorwiegend dänischen Gebiete Schleswigs werden auf Grund einer Volksabstimmung Dänemark überlassen. Deutschland verlangt, daß das Selbstbestimmungsrecht auch zugunsten der Deutschen in Oesterreich und Böhmen geachtet wird. Es ist bereit, seine sämtlichen Kolonien der Gemeinschaftsverwaltung des Völkerbundes zu unterstellen, wenn es als dessen Mandatar anerkannt wird.

3. Deutschland ist bereit, die ihm nach dem vereinbarten Friedensprogramm obliegenden Zahlungen bis zur Höchstsumme von 100 Milliarden Mark Gold zu leisten, und zwar 20 Milliarden Mark Gold bis zum 1. Mai 1926, alsdann die restlichen 80 Milliarden Mark Gold in unverzinslichen Jahresraten. Diese Raten sollen grundsätzlich einen bestimmten Prozentsatz der deutschen Reichs- und Staatseinnahmen ausmachen. Die Rate wird dem früheren Friedensbudget nahekommen. In den ersten zehn Jahren soll die Rate je eine Milliarde Gold nicht übersteigen. Der deutsche Steuerzahler soll nicht weniger belastet sein als der des Höchstbelasteten in der Wiedergutmachungskommission vertretenen Staates.

Deutschland setzt hierbei voraus, daß es keine weiteren territorialen Opfer als die vorerwähnten zu bringen hat und wieder wirtschaftliche Bewegungsfreiheit nach innen und außen erhält.

4. Deutschland ist bereit, seine gesamte wirtschaftliche Kraft dem Dienst der Wiederherstellung zu widmen. Es wünscht, bei der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Belgien und Nordfrankreich werktätig mitzuarbeiten. Für den Produktionsausfall der zerstörten Gruben Nordfrankreichs sollen während der ersten fünf Jahre bis zu 20 Millionen Tonnen Kohle jährlich, während der nächsten fünf Jahre bis zu 8 Millionen Tonnen Kohle geliefert werden. Deutschland wird weitere Kohlenlieferungen für Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg ermöglichen.

Ferner ist Deutschland zu bedeutenden Lieferungen an Benzol, Steinkohlenteer, schwefelsaurem Ammoniak sowie Farbstoffen und Arzneimitteln bereit.

5. Schließlich bietet Deutschland an, seinen gesamten Handelsschiffsraum in einen Weltpool einzubringen, einen Teil der Frachten dem Gegner zur Verrechnung auf den Schadenersatz zur Verfügung zu stellen und ihnen für eine Reihe von Jahren auf deutschen Werften Tonnage in einer ihre Forderungen übersteigenden Höhe zu bauen.

6. Zum Ersatz der in Belgien und Nordfrankreich vernichteten Flußschiffe bietet Deutschland Flußfahrzeuge aus eigenem Bestande an.

7. Deutschland glaubt, zur beschleunigten Erfüllung seiner Entschädigungspflicht in der Ueberlassung von industriellen Beteiligungen, insbesondere an Kohlengruben zur Sicherung der Kohlenbezüge, einen geeigneten Weg zu sehen.

8. Deutschland will, in Uebereinstimmung mit dem Willen der organisierten Arbeiter der ganzen Welt, die Arbeiter in allen Ländern frei und gleichberechtigt sehen. Es will ihnen im Friedensvertrage das Recht sichern, über die Sozialpolitik und Sozialisierung selbst entscheidend mitzubestimmen.

9. Die deutsche Delegation stellt erneut ihre Forderung nach einer neutralen Untersuchung über die Verantwortlichkeit für den Krieg und die Schuld während des Krieges. Eine unparteiische Kommission sollte das Recht haben, die Archive aller kriegführenden Länder einzusehen und alle hauptbeteiligten Personen verantwortlich zu vernehmen.

Nur die Zuversicht, daß die Schuldfrage unbefangen geprüft wird, kann den verfeindeten Völkern die Gesinnung geben, die notwendig ist, um den Völkerbund zu bauen.

Die Mantelnote sagt weiter, daß das nur die wichtigsten Vorschläge seien. Wegen weiterer großer Opfer, sowie wegen der Einzelheiten wird auf die Denkschrift und ihre Anlagen verwiesen. Die für die Ausarbeitung dieser Denkschrift gesetzte Frist sei so kurz gewesen, daß es unmöglich war, alle Fragen zu erschöpfen, eine fruchtbare und aufklärende Verhandlung könnte nur in mündlichen Unterredungen stattfinden. Es gebe kein Beispiel in der Geschichte, daß so umfassende Verhandlungen nur durch schriftlichen Notenaustausch geführt worden seien. Die Bestimmung über das Geschick der Völker müsse in offenem, rückhaltlosem Gedankenaustausch erfolgen, nach dem Grundsatz, daß keine internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden, sondern die Diplomatie immer offen und vor aller Welt arbeite. Nur ein Zusammenarbeiten aller Völker, ein Zusammenarbeiten der Hände und der Geister könne einen Dauerfrieden schaffen. Die Mantelnote schließt: „Wir täuschen uns nicht darüber, wie stark der Haß und die Erbitterung sind, die dieser Krieg erzeugt hat, und doch sind die Kräfte, die für eine Einigung der Menschheit am Werke sind, jetzt stärker als je zuvor. Es ist die geschichtliche Aufgabe der Friedenskonferenz von Versailles, diese Einigung herbeizuführen.“

Note über die Kriegsgefangenen.

Graf Brockdorff-Rantzau hat am Donnerstag an Clemenceau eine Note über die deutschen Kriegsgefangenen überreicht. Die deutsche Friedensdelegation geht darin auf die Ausführungen der Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 20. Mai ein und betont, daß die Weigerung der alliierten und assoziierten Mächte, durch eine Aenderung der einschlägigen Bestimmungen das Los der Kriegs- und Zivilgefangenen sofort zu verbessern, auf das tiefste zu bedauern sei. Der Postverkehr der Kriegs- und Zivilgefangenen mit ihren Familien, der den einzigen seelischen Trost in ihrem Unglück bilde, bedürfe unbedingt einer Erleichterung. Die Kriegs- und Zivilgefangenen in Frankreich erhielten jetzt ihre Post mit einer Verspätung von mindestens vier oder fünf Wochen, in zahlreichen Fällen würde die Post zurückbehalten oder gehe verloren. Zahlreiche Gefangene seien seit Abschluß des Waffenstillstandes ohne jede Verbindung mit der Heimat. Weiterhin wird eine bessere Unterbringung, bessere Verpflegung und Kost sowie erweiterte Bewegungsfreiheit gefordert.

In der Note wird dann ausgeführt, daß die alliierten Mächte die Freilassung derjenigen Kriegs- und Zivilgefangenen ablehnen, die sich Verbrechen oder Vergehen haben zuschulden kommen lassen. Deutschland habe seinerzeit die unterschiedslose Freigabe aller Kriegs- und Zivilgefangenen zugestanden, es müsse daher darauf bestehen, daß mit seinen Angehörigen in der gleichen Weise verfahren werde. Deutschland habe auch Tausende Kriegs- und Zivilgefangene freigelassen, die wegen schwerer Vergehen auf deutschem Boden verurteilt waren. Die Note führt zahlenmäßig eine Reihe von Beispielen dafür an.

Weiter wird in der Note erklärt, daß es die deutsche Friedensdelegation für unrecht halten müsse, wenn die gesamten Gefangenen für die Verbrechen einzelner Personen verantwortlich gemacht würden. Der in der Note der Alliierten vom 20. Mai erwähnte Doppelmord, von einem einzelnen begangen, könne niemals als Begründung dafür dienen, den deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen die Vorteile vorzuenthalten, die den Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte von Deutschland zugestanden worden seien. Angesichts der besonderen Verhältnisse der Kriegsgefangenschaft habe auch der siegreiche Gegner kein moralisches Recht, die Gefangenen über die Zeit des Friedensschlusses hinaus festzuhalten.

Die Note weist sodann darauf hin, daß die deutsche Regierung das Urteil der Welt hinsichtlich der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland nicht zu scheuen habe. Die Regierung sei jederzeit bereit, die Frage der Behandlung der Gefangenen durch die verschiedenen kriegführenden Mächte der Prüfung einer aus neutralen und unbeteiligten Mitgliedern bestehenden Kommission zu übertragen. Dieser Kommission würde auch das gesamte

über die unmenschliche Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in Feindesland, namentlich in einzelnen Teilen Nordafrikas, in gewissen Lagern, Strafgefängnissen und Lazaretten in Europa, zur Prüfung übergeben werden können. Die Friedensdelegation lenkt in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Mächte auf ein Schreiben hin, das von französischen Arbeiterinnen an das internationale Rote Kreuz gerichtet ist, und in dem die Frauen und Mütter eingezogener Franzosen ihre Stimme gegen den Anblick der grausamen Behandlung deutscher Gefangenen im Departement Seine-Inférieure erheben.

Der zweite Teil der Denkschrift.

Der Völkerbund.

Die deutsche Delegation erklärt sich bereit, auf der Grundlage des Entente-Entwurfs über den Völkerbund zu verhandeln, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß Deutschland bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages gleichberechtigt in den Völkerbund eintritt. Die deutsche Regierung sei bereit, vor den anderen Mächten abzurüsten, jedoch müsse sie für eine Uebergangszeit die zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung nötigen Truppen behalten. Die Dauer der Uebergangszeit sowie die Truppenstärke soll besonders vereinbart werden. Deutschland sei bereit, seine Festungen im Westen zu schleifen, dort eine militärisch unbesetzte Zone einzurichten, sowie seine Linienschiffe zur Verfügung zu stellen.

Die territorialen Fragen.

Kein Gebiet soll von Deutschland abgetrennt werden, dessen nationale Zugehörigkeit unbestreitbar erwiesen sei oder dessen Bevölkerung sich nicht mit der Abtrennung einverstanden erklärt habe. Die Abstimmung darüber müsse streng geheim sein und von allen über 20 Jahre alten seit einem Jahre dort wohnenden Angehörigen des Deutschen Reiches vorgenommen werden. Alle Truppen müssen aus dem strittigen Gebiet entfernt werden. Einspruch wird dagegen erhoben, daß Moresnet, Eupen und Malmedy ohne oder durch eine nicht geregelte Volksabstimmung an Belgien abgetreten werden sollen. Mit Augenburg soll Deutschland sich verständigen können. Für das Saargebiet wird die in den deutschen Noten vom 13. und 16. Mai angebotene Lösung wiederholt. Der französische Kohlenbedarf soll vor allem durch Lieferungsverträge und Beteiligungen sichergestellt werden, die französischen Bergwerke des nördlichen Kohlengebiets sollen spätestens binnen 10 Jahren wiederhergestellt sein.

Elsaß-Lothringen.

Es solle eine Abstimmung über Streitfragen vorgenommen werden: Ob Elsaß-Lothringen mit Frankreich oder als Freistaat mit Deutschland vereinigt werden oder volle Unabhängigkeit vorziehen will. Die Einbeziehung des rechtsrheinischen Hafens von Kehl in die französische Organisation sei nicht zu rechtfertigen.

Deutsch-Oesterreich müsse nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die Möglichkeit haben, sich aus freiem Entschluß und ohne Zwang dem Deutschen Reiche anschließen zu dürfen.

Die Ostgebiete.

Die Abtretung des größten Teils von Oberschlesien wird abgelehnt, da dieses Gebiet jahrhundertelang konfliktlos zu Deutschland gehört und auch bei den Wahlen zur Nationalversammlung eine deutsche Mehrheit aufgewiesen habe. Ueberdies sei wichtig, daß Polen Oberschlesien nicht nötig habe, während Deutschland es nicht entbehren könne.

Weite Teile der Provinz Posen seien überwiegend deutsch besiedelt, soweit aber die Provinz Posen unbestreitbar polnisch ist, willige Deutschland in die Abtretung dieser Gebiete. Die im Friedensentwurf gezogene Grenzlinie entspreche nicht den Gesichtspunkten der Nationalität, sondern der strategischen Vorbereitung von Angriffen auf deutsche Gebiete.

Westpreußen sei altes deutsches Land mit seiner überwältigenden Mehrheit deutscher Bevölkerung. Soweit, abgesehen von dem Verbindungsweg mit Ostpreußen, der unbedingt Deutschland erhalten bleiben müsse, westpreußische Gebietsteile unzweifelhaft polnisch besiedelt sind, sei Deutschland bereit, sie an Polen abzutreten. Die Vergewaltigung Danzigs mit seiner verschwindenden polnisch sprechenden Minderheit müsse abgelehnt werden. Die deutsche Regierung ist bereit, die Häfen Memel, Königsberg und Danzig zu Freihäfen auszugestalten und dem Polen weitgehende Rechte einzuräumen und die Errichtung und Benutzung der erforderlichen Hafenanlagen zu sichern. Die Lostrennung ostpreußischer Gebietsteile von Deutschland wird abgelehnt.

Bezüglich Schleswigs schlägt die deutsche Regierung vor, daß die Begrenzung des Abstimmungsgebietes dortselbst nach Süden mit der Linie zusammenfällt, welche die Umschlagslinie der sprachlichen Mehrheit bedeutet. Die Entfestigung Helgolands wird zugestanden, dagegen müssen notwendige Maßnahmen zum Schutze der Küste und der Fischereihäfen aufrechterhalten bleiben.

Die deutschen Kolonien.

Deutschland habe seine Kolonien rechtmäßig erworben und sie in zäher Arbeit mit vielen Opfern entwickelt. Der Besitz der Kolonien sei für Deutschland in Zukunft notwendiger als früher, weil schon im Hinblick auf die Valutaverhältnisse Deutschland Rohstoffe durch seine Volkswirtschaft möglichst aus eigenen Kolonien beziehen müsse, weil es in ihnen Absatzgebiete für seine Industrie und Siedlungsgebiete wenigstens für einen Teil des Ueberschusses seiner Bevölkerung haben müsse. Es wird weiter gesagt, daß Deutschland das Wirtschaftsleben der Eingeborenen auf eine höhere Stufe und auch sonstige kulturelle Taten in den Kolonien vollbracht habe. Unter Berufung auf die Punkte Wilsons wird vorgeschlagen, die formelle Behandlung der Kolonialfragen an einen besonderen Ausschuß zu verweisen. Wenn Deutschland gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes werde, wolle es die Verwaltung seiner Kolonien nach dessen Grundsätzen führen. Auf Kiautschou und Schantung soll verzichtet werden.

Die staatsrechtliche Struktur einzelner russischer Staaten sei deren innere Angelegenheit. Ein Recht Rußlands auf Wiederherstellung und Wiedergutmachung durch Deutschland wird nicht anerkannt. Vereinbarungen zwischen den Alliierten und den russischen Staaten könnten erst dann anerkannt werden, wenn sie Deutschland die Weiterführung der früheren Beziehungen zu den russischen Staaten gestatten.

Außenhandel und Seeschiffahrt.

Der im Frieden aufgestellte Grundsatz, Deutschland solle außerhalb seiner Grenzen in Europa keinerlei Rechte haben, sei mit dem Vorvertrag über den Friedensschluß unvereinbar. Die Durchführung der Vorschläge des Entwurfes sei unmöglich, sie gefährde die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Deutschland bedürfe der Seeschiffahrt für sein gesamtes Wirtschaftsleben. Die Wegnahme der in Feindeshäfen internierten deutschen Schiffe sei völkerrechtlich unbegründet. Die geforderte Herausgabe der deutschen Handelsflotte sowie die im Vertrage vorgesehenen Maßnahmen über die Handelsschiffahrt lassen es unerfindlich erscheinen, wie es möglich sein solle, daß nach Jahren die deutsche Handelsflotte bei ihrem Wiedererstehen Bedingungen vorfinden könnte, die den Grundsatz vollkommener Freiheit der Schiffahrt für sie praktisch anwendbar erscheinen lassen. Die Wegnahme der deutschen Kabel sei eine ungerechtfertigte und abzulehnende Einschränkung des äußeren deutschen Nachrichtendienstes. Durch die Beseitigung deutscher Rechte und Ansprüche und die Liquidierung deutschen Privateigentums im feindlichen Ausland selbst nach Friedensschluß werde der deutsche Außenhandel von jeder Betätigung ausgeschlossen. Die einseitige Benachteiligung des deutschen Außenhandels müsse unterbleiben. Die deutsche Delegation sei bereit, in Anbetracht der durch den Krieg entstandenen Lücken sich an den für die Gesamtheit erforderlichen Transportleistungen dadurch zu beteiligen, daß es die Schiffe in einem Weltpool fahren lasse, welcher für alle beteiligten Flaggen einheitliche und gleiche Mitwirkung in der Leitung vorsieht. Deutschland sei bereit, die Bauverpflichtung für Handelsschiffe zu übernehmen, und stelle anheim, darüber zu verhandeln, ob eine gegenseitige Beteiligung alliierter und deutscher Schiffsinteressen in beiderseitigen Schiffsunternehmungen herbeigeführt werden könne.

Die Schadenersatzpflicht.

Deutschland habe die Ersatzpflicht nur für den Schaden, der der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum durch Angriffe Deutschlands zugefügt worden ist. Diese Verpflichtung könne Deutschland annehmen, weil es durch die Verletzung der belgischen Neutralität den Krieg in fremdes Land hineingetragen habe. Eine Ersatzpflicht an Italien, Montenegro, Serbien, Rumänien und Polen wird abgelehnt, weil Deutschland hier nicht angegriffen habe. Die Erstattung der unmittelbaren Kriegskosten und der Kosten für das Besatzungsheer wird abgelehnt. Der Gesamtbetrag des Schadenersatzes soll unter Mitwirkung deutscher Kommissionen festgestellt werden. An eine Wiedergutmachung müßten auch alle Gebiete beteiligt sein, die von Deutschland abgetrennt werden. Es soll unparteiisch ermittelt werden, was Deutschland leisten könne, ohne sein soziales und industrielles Leben zu vernichten. Deutschland sei bereit, eine auf 20 Milliarden Goldmark lautende, spätestens am 1. Mai 1926 fällige Schuldverschreibung auszustellen, ferner über den Rest der Gesamtsumme des festgestellten Schadens die notwendigen Schuldurkunden auszufertigen und vom 1. Mai 1927 jährliche Abzahlungen darauf in ginsfreien Raten zu leisten mit der Maßgabe, daß die gesamte festzustellende Schadenssumme keinesfalls den Betrag von 100 Milliarden Goldmark übersteigen soll, hierin eingerechnet sowohl die Leistungen an Belgien für die ihm von den alliierten und assoziierten Mächten vorgeschossenen Beträge, wie die bereits erwähnten 20 Milliarden Goldmark. Auf die erste Schuldverschreibung von 20 Milliarden seien anzurechnen alle diejenigen Leistungen, die Deutschland auf Grund des Waffenstillstandes gemacht habe und machen werde, ebenso der Wert aller Leistungen, die Deutschland nach dem Friedensvertrag zu machen haben werde und die ihm auf Entschädigungskonto gutzubringen seien.

Die wirtschaftlichen Leistungen.

Wenn Deutschland mit seiner ganzen Wirtschaftskraft am Wiederaufbau des durch den Krieg Zerstörten mitwirken solle, könne es so wichtige Produktionsmittel wie seine Handelsschiffe nicht abliefern. Bei der Herausgabe und dem Ersatz von Maschinen müßten alle Maßnahmen unter Wahrung der wirtschaftlichen Souveränität der deutschen Regierung getroffen werden. Eine Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens müsse vermieden werden. Deutschland wolle zum Ersatz der durch den Krieg zerstörten Kohlengruben in den nächsten fünf Jahren 20 Millionen und in weiteren fünf Jahren 8 Millionen Tonnen als Höchstmaß liefern. Im Austausch gegen Kohlen- und Kokslieferung soll Minette aus Frankreich geliefert werden. Eine internationale Kommission soll die Kohlenverteilung prüfen und Gutachten an Transportmitteln herbeiführen. Die Forderungen in bezug auf die chemische Industrie werden anerkannt, die Kontrolle der Farbstoff- und Chemischen Werke dagegen abgelehnt.

Weitere Verhandlungen über diese Fragen seien notwendig, jedoch müsse Deutschland die handelspolitische Freiheit, die es früher hatte, gegeben werden, damit es die übernommenen Lasten tragen könne. An Stelle der im Friedensentwurf vorgesehenen einseitigen Rechte für die Alliierten sei gegenseitig unbedingte Meistbegünstigung mit einzelnen sachlich angemessenen Ausnahmen zu gewähren. Das gelte besonders bei der Zollbehandlung. Die Bestimmungen über die Binnenschiffahrt seien mit der Souveränität Deutschlands unvereinbar. Deutschland wolle den deutschen Stromverkehr allen Staaten öffnen, jedoch seien an der Verwaltung lediglich die Uferstaaten zu beteiligen. Den Tschecho-Slowaken soll das Mitbestimmungsrecht am Hamburger Hafen eingeräumt werden. Der Kieler Kanal könne nur dann einer internationalen Kommission unterstellt werden, wenn mit allen anderen Verbindungskanälen der Meere ebenso verfahren werde.

Die Kriegsgefangenen.

Deutschland verlangt, daß alle Kriegsgefangenen oder Zivilinternierten, die wegen eines vor oder während der Gefangenschaft im feindlichen Machtbereich begangenen Verbrechens oder Vergehens verurteilt wurden, freigelassen werden. Betreffs der Behandlung und Abbeförderung müssen vertraglich alle Erleichterungen gewährt werden, die den alliierten Kriegs- und Zivilgefangenen von Deutschland beim Waffenstillstand zugebilligt waren. In diesen Fragen wie in der Frage der Grabstätten müsse Gegenseitigkeit bestehen. Den aus besetzten Gebieten kommenden Kriegs- und Zivilgefangenen müsse hinsichtlich ihrer Rückkehr nach der Heimat mehr Spielraum gewährt werden, als der Vertrag vorsieht.

Die Verfolgung Wilhelms II.

Die Strafverfolgung gegen den früheren Deutschen Kaiser entbehre der Rechtsgrundlage. Es gebe kein Strafgericht, das zur Entscheidung über die erhobene Anklage berufen wäre. Die deutsche Regierung könne nicht zulassen, daß der Deutsche Kaiser vor ein fremdes Ausnahmegericht gestellt und auf Grund eines Ausnahmegesetzes nach Ausnahmegerichten, nach Grundsätzen nicht des Rechtes, sondern der Politik gerichtet und wegen einer Tat bestraft werde, die zur Zeit ihrer Begehung nicht mit Strafe bedroht war.

Die Arbeitsfragen.

Die Fortschritte deutscher Arbeiter, die sie in jahrelangen Kämpfen errangen, würden durch die Friedensbedingungen vernichtet werden und für sie allergrößte Not und Ausnützung ihrer Arbeitskraft bringen. Die Folge werde sein, daß Deutschland auch der Weltwirtschaft ausgeschaltet werde. Da aber die Arbeitsbedingungen der verschiedenen Länder von einander abhängig sind, so wird durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in Deutschland auch in anderen Ländern die Lebenshaltung der Arbeiter sinken. Im Endergebnis würde der Friede daher auf Kosten der Arbeiterschaft aller Länder geschlossen werden. Die deutschen Arbeiter sind nicht bereit, nur zu arbeiten, um die Früchte ihrer Arbeit fremden Unterdrückern hinzugeben; die deutschen Arbeiterorganisationen widersetzen sich der Absicht, durch Abtretung von Gebieten ihre deutschen Arbeitsbrüder unter die Herrschaft von Ländern zu bringen, die, wie das zukünftige Polen, für die Wohlfahrt der Arbeiter keine oder nur ungenügende Bestimmungen besitzen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben kein Recht, gewaltsam den zum deutschen Volk gehörigen Arbeitern Schaden zuzufügen. Die Bestimmungen des Friedensentwurfes über die Arbeitergesetzgebung behandeln die Arbeiter als bloße Vermögensstücke; ein Friede, der die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft nicht bringt, kann nicht von Dauer sein. Die deutsche Delegation beantragt in Uebereinstimmung mit den Arbeitern aller Länder erneut die Einberufung einer Konferenz der Arbeiterorganisationen, die zu den alliierten Friedensvorschlägen, den deutschen Gegenvorschlägen und den Beschlüssen der Berliner Gewerkschafts-Konferenz Stellung nehmen soll. Das Ergebnis dieser Beratungen sowohl für das materielle Arbeiterrecht wie für die internationale Arbeiterorganisation wird in den Friedensvertrag aufzunehmen und damit zu internationalem Recht zu erheben sein; jede andere Regelung bedeutet eine Verletzung fundamentaler Menschenrechte.

Die Bürgschaften.

Der letzte Abschnitt der deutschen Denkschrift erklärt die im Friedensentwurf vorgesehenen Bürgschaften für die Durchführung für unannehmbar. Die Möglichkeit eines deutschen Angriffs sei ausgeschlossen; Deutschland habe keine Bedenken, den Schutz seiner Westgrenzen durch Befestigungen aufzuheben, auch zur See sei Deutschland völlig wehrlos. Die Besetzung würde die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen zur Wiedergutmachung erschweren, wenn nicht unmöglich machen, Deutschland große Kosten verursachen und den Kreislauf des wirtschaftlichen Lebens innerhalb Deutschlands stören. Die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund stellt für sich allein schon die stärkste Bürgschaft der Vertragstreue jeder deutschen Regierung dar. Wesentlich größer noch würde der innere und äußere Wert dieser Bürgschaft sein, wenn die Sieger sich bereit finden ließen, Deutschland beim Wiederaufbau seines Wirtschaftslebens tätig zu helfen.

Die Schlußausführungen.

Die Denkschrift schließt: „Die Vorschläge der deutschen Regierung sind von dem Wunsch eingegeben, einen dauernden Frieden zu sichern, aber in der Macht der alliierten und assoziierten Regierungen steht es, der Menschheit denjenigen Frieden zu verschaffen, welcher allein die Gewähr der Dauer in sich trägt. So wenig die deutsche Regierung in der Lage ist, einen Druck zur Herbeiführung eines solchen Friedens auszuüben, so würde sie doch ihre Pflicht verletzen, wenn sie auf die Folgen eines Gewaltfriedens nicht nochmals warnend hinwiese. Das Schicksal Rußlands redet eine deutliche Sprache. Das arbeitende Volk Deutschlands wollte stets Frieden und Recht und will dies noch jetzt; darin weiß Deutschland sich eins mit der ganzen Menschheit. Ueberall ersehnen die besten Geister einen Frieden des Rechts. Wird diese Sehnsucht enttäuscht, so ist der Gedanke des Rechts auf ein Menschenalter hinaus vernichtet und eine auf Sittlichkeit beruhende Weltordnung unmöglich. Der neue Friede muß ein Rechtsfriede sein, muß deshalb auf die feierlichen Vereinbarungen zurückgehen, welche im Notenwechsel vom 8. Oktober bis 5. November 1918 niedergelegt sind. Gerechtigkeit und die freie Zustimmung aller Vertragsparteien werden die stärksten, ja im Laufe der Zeit einzigen Bürgschaften des abzuschließenden Vertrages sein. Im Vertrage, ein neues, auf Freiheit und Arbeit beruhendes Gemeinwesen zu begründen, wendet sich das deutsche Volk an seine bisherigen Gegner; es verlangt im Interesse aller Völker und Menschen einen Frieden, dem es nach innerer Ueberzeugung seines Gewissens seine Zustimmung zu geben vermag."

Die Aufnahme in der Pariser Presse.

Versailles, 30. Mai.

Die Aufnahme, welche die deutschen Gegenvorschläge in der Pariser Presse finden, ist nicht so schroff ablehnend, wie man nach der Scharfmacherei der Presse in den letzten Wochen hätte annehmen können. Zwar sind auch heute wieder schroffe Stimmen zu finden, namentlich im offiziösen nationalistischen Echo, aber es ist beachtenswert, daß zahlreiche Blätter dieses Echos heute kein eigentliches Urteil fällen, sondern sich mit Umschreibung der Inhaltsangabe der deutschen Denkschrift begnügen.

Versailles, 30. Mai.

Die sozialistischen Blätter bringen außer der „Humanité" noch keine Kommentare, dagegen ist der Artikel Sembats in der „Humanité" außerordentlich beachtenswert. Er schreibt: Man müsse hoffen, daß der Viererrat diesmal sich nicht von Schreiern und Hetzern beraten lassen werde, wie dies schon mehrere Male der Fall gewesen sei, und fährt fort: Der schlimmste Wahnsinn wäre es, eine Diskussion zu verweigern und brutal zu verlangen, daß Deutschland nachgebe und sich schwelgend unterwerfe. Was mir Vertrauen einflößt, ist, daß wir in gewissen, von der deutschen Denkschrift aufgeworfenen Punkten, beispielsweise in der Saarfrage, bereits in eine Erörterung und Abänderung einwilligten. Dies ist eine gute Methode und die einzige Art, fehlerhafte Texte, die wir so mühselig ausarbeiteten, nach Möglichkeit zu berichtigen. Uebrigens gibt es Punkte in der deutschen Antwort, die zu widerlegen den Alliierten schwer fallen würde. Deutschland stellt sich auf die 14 Wilsonpunkte, die die Grundlage des Waffenstillstandes bildeten. Die Alliierten hielten die Zustimmung für so ernsthaft und fühlten sich durch sie so gebunden, daß sie, bevor sie ihre Einwilligung erteilten, zwei ausdrückliche präzise Vorbehalte durchdrückten. Wir brauchen uns ja nur an die damalige Wut unserer chauvinistischen Presse zu erinnern. Sie spie Feuer und Flamme gegen Wilson und nun stelle man den Wortlaut der 14 Wilsonschen Punkte dem Wortlaut des Präliminarfriedens gegenüber. Da gibt es ins Auge springende Widersprüche.

Sterne, die wieder leuchten!

Dienstag, 3. Juni zum 200. Male im Berliner Theater.

Theater und Vergnügungen.

Opernhaus
7 Uhr: Der Wildschütz.

Schauspielhaus
7 Uhr: Coriolan.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayssler.
7½ Uhr: Penthesilea.
Sonntag 7½ Uhr: Pentesilea.

Direktion C. Meinhard — R. Bernauer.
Theater i. d.
Königgrätzer Straße
7½ Uhr: Biberpelz.
(Frau Wolff: Else Lehmann)
Sonnab.: Bessere Gesellschaft.
Sonnt., 3 Uhr: Fünf Frankfurter
7½ Uhr: Strand. Gesellschaft.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke.
7½ Uhr: Fahrt ins Blaue.
Sonnabend: Der Vater (Ludw. Hartau, Maria Orska).
Sonntag: Der Vater (Ludw. Hartau, Maria Orska).

Berliner Theater
7½ Uhr: Sterne, die wieder leuchten.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr: Wie es euch gefällt.
Sonntag 7½ Uhr und Montag 8 Uhr Max Pallenberg in Familie Schimek.

Kammerspiele
7½ Uhr: Letzte Aufführung.
Der Star.
Sonntag und Montag 7½ Uhr: Leopoldine Konstantin in „Die Tänzerin".
Dienstag: Zum 1. Male: Eifersucht.

Kleines Schauspielhaus
7½ Uhr: D. Büchse d. Pandora.
Sonntag 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Lessing-Theater
Direkt.: Victor Barnowsky.
Letzte Vorstellung v. d. Ferien.
7½ Uhr: Liebe.
Sonntag: Beginn der Sommer-Spielzeit: Gastspiel Guido Thielscher: Charleys Tante.
Montag: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theat.
7½ Uhr: D. Schloß am Wannsee.
Sonntag: Beginn der Sommerspielzeit. Zum 1. Male: Die Hydrabohrer.
Montag: Die Hydrabohrer.

Rose-Theater
7 Uhr: Gartenbühne: Konzert, Vorstellung, Spezialitäten.
7½ Uhr: Hasemanns Töchter.

Walhalla-Theater
7½ Uhr: Kleine Sklavin.

Casino-Theater.
Lothringerstr. 37. Tägl. 8 Uhr: Die Berliner Pflanz.
Der selige Hofbankier.
Dazu erstklass. Spezialitäten.
Sonntag 3½ U.: Dt. Theater ...

Wintergarten
täglich 7½ Uhr
Varietévorstellung
Rauchen gestattet.

Theater a. Rosenthaler Tor
Gr. Hamburger Straße Nr. 8
Abends 7½, a. Sonntag nachmittags 3 Uhr
Elite-Sänger
...
Beginn 7 Uhr
Sonnt. nachm. ermäß. Pr.
Vorverkauf 11–1 Uhr.

Nordpalast-Lichtspiele
8. Kösliner Straße 8.
vom 30. 5.–5. 6.
Schmutziges Geld
Das große amerik. Sensat.- u. Sittendrama i. 6 Akten.
Dazu
Das Panzergewölbe
Detektivdrama in 4 Akten
mit **Stuart Webbs.**
Erstkl. Künstlerkapelle.
Theater für ca. 800 Personen.

Zum Patzenhofer
früher: Berliner Bock-Brauerei
Berlin SW., Fidicinstrasse 2-3
Sonntag: Eröffnung
Garten-Vorstellung
Konzert und Tanz
Die 3000 Personen fassenden Säle werden an Vereinigungen für Versammlungen und Festlichkeiten ganz zu Sonntagen vergeben. Reinhold Benedix.

Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Was bringt uns
Versailles?
Drei Vorträge zum Frieden.
Leiter: Hermann Koch.
I. Vortrag: Montag, den 2. Juni, 8 Uhr:
Das neue Europa.
Referent: Hermann Wilke.
II. Vortrag: Mittwoch den 4. Juni, 8 Uhr:
Deutschlands Friedenswirtschaft.
Referent: Rudolf Sternfeld-Stellkamp.
III. Vortrag: Donnerstag, den 5. Juni, 8 Uhr:
Pläne zum Völkerbund.
Referent: Dr. Ruthe.
Eintritt frei! Tellersammlung zur Deckung der Kosten.

Gedächtnisfeier für Gustav Landauer
Sonntag, den 1. Juni, nachmittags 4 Uhr im Festsaal des Stadthauses, Eingang Klosterstraße. Mitwirkende: Streichquartett des Berliner Sinfonie-Orchesters, Justizrat Viktor Fraenkl (Ansprache), Schriftsteller Rudolf Rocker (Gedenkrede), Frau Nina Mardon („Aus Landauers Aufruf zum Sozialismus").
Einige Eintrittskarten à 50 Pf. sind noch zu haben: Buchhandlung Warschauerstraße 62 und Bureau der Zimmerer, Neue Friedrichstraße 72.
Berliner Gewerkschaftskartell.

Von d. Oberbaumbrücke-Falkensteinstr. 48
Jeden Sonntag und alle drei Pfingstfeiertage 8 Uhr vorm., 2½ Uhr nachm. Woltersdorfer-Schleuse und Neu-Heringsdorf.
Reederei Fleck, Falkensteinstr. 48. Teleph. Moritzplatz 840.

Dampfer-Extrafahrten ab **Waisenbrücke.**
Bis auf Weiteres jeden Sonn- u. Festtag. | 8 Uhr: Teupitz (Tornow's Hotel) | 8½ u. 2 Uhr: Krampenburg

Zentralstelle f. Einigung d. Sozialdemokratie
Heute Sonnabend, den 31. Mai abends 6 Uhr in d. Aula des Sophien-Gymnasium Weinmeisterstraße 15
Mitglieder-Versammlung
1. Bericht der Preßkommission,
2. Sozialisten-Kongreß.
Mitgliedskarte legitimiert. Der Vorstand.

Buchdrucker, Buchbinder, Steindrucker, Lithographen u. verw. Berufe, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen.
Sonntag, den 1. Juni 1919, vormittags 9½ Uhr im Zirkus Busch
Große Versammlung
aller im graphischen Gewerbe Werktätigen.
Tagesordnung:
1. Vortrag: Zusammenschluß des graphischen Gewerbes. Ref.: Große Waighahn. 2. Verschiedenes.
Erscheint in Massen! Der Einberufer: F. Weichmann.

Oeffentl. Versammlung
Sonntag, 1. Juni, 11 Uhr vorm.,
spricht der Herausgeber der „Tribüne"
Karl Schneidt im Film-Palast von Kellers Festsälen, Koppenstraße 29
über das Thema: **„Zukunftspolitik".**
Eintrittspreis 50 Pfennig.
Da die „Tribüne" bis auf weiteres verboten bleibt, bitten wir alle Freunde unseres Blattes für guten Besuch der Versammlung werben zu wollen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9–1 Uhr und von 4–7 Uhr vom 16. 6. 19 ab von 9 bis 4 Uhr ...
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 1. Juni 1919, vorm. 10 Uhr
Branchen-Versammlung
der Feuchtarbeiter und -arbeiterinnen
im Lokal von Wollschläger, Adalbertstraße 21.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlung betreffs des Tarifabkommens.
2. Verschiedenes.
Die Wichtigkeit der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen unbedingt notwendig.
Die Vertrauensleute haben sich pünktlich 9 Uhr im betreffenden Lokal einzufinden.

Sonntag, den 1. Juni 1919, vorm. 10 Uhr
Branchen-Versammlung
aller in der Emaillierbranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 1).
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu unseren Lohnfragen.
2. Tarifvertrag.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das pünktliche Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen dringend notwendig.

Achtung. **Hochdruckmonteure u. Helfer.** Achtung.
Am Montag, den 2. Juni 1919, abends 6 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, eine
Versammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung von den Verhandlungen.
2. Diskussion.
Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Im Auftrage der Generalversammlung beschließt die Verwaltung:
Die Geschäftszeit wird mit dem 16. Juni auf 9 bis 4 Uhr durchgehend gelegt.
Ausnahmen davon macht die Beschwerdestelle des Schlichtungsausschusses, in der Auskunft von 11 bis 2 Uhr erteilt wird.
Die Bureauzeit der Bibliothek ist Montag und Sonnabends von 9 bis 1, Dienstag und Freitag von 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr, Mittwoch und Donnerstag von 9 bis 4 Uhr.
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Der Bevollmächtigte.

Kremser zu Vereinsausflügen und Herrenpartien
empfiehlt bei billigster Preisberechnung
Lange & Goyke, Hochstr. 9

Ja, was machst Du denn da oben?
Ich verpacke meine alten Sorgen! Seitdem ich die Firma B. Feder und die Vorzüge des dort angewandten Kreditsystems kenne, ist es mir ein leichtes, um Anschaffung der unbedingt nötig Bekleidungsgegenstände für meine Frau u. mich zu ermöglichen.
Auf bequeme Teilzahlung
zu erleichterten Zahlungsbedingungen
Vornehme Damen-Bekleidung
Kostüme in farbigen Stoffen und in Taffet Jackenkleider, hell u. farbig, Jerichjacken Mäntel u. Mantelkleider in jeder Größe Seid. Blusen, Waschblusen, Kostümröcke Herren-Anzüge in den neuesten Formen.
Große Auswahl! | Billigste Preise | Beste Bedienung
Norden: Brunnen-Strasse 1 | Süden: Kottbus. Damm 105
Osten: Frankfrt. Allee 350 | Westen: Charl., Scharrenst. 5
B. FEDER

Zweizimmerwohnung gesucht
ev. Dreizimmerwohnung, in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße oder Tiergarten. Auch Laden mit Stube kommt in Frage. Offerten unter „H. B. 1" an die Expedition der „Freiheit".

Gardinenverkauf. Fenster von 30 Mk. an, Stores, Portieren, Bettdecken, Tischdecken, ... neue Teppiche, ... Federbetten, ... wäsche. ... Hochbahn Kottbuser Tor.

Huthaus Norden
Brunnenstr. 52 a. d. Bernauer Str. u. Badstr. 65, ...
Filz- und Strohhüte, Wäsche, Krawatten.

Die Weltrevolution
Nummer 6: Heute neu!
Professor Rosebery d'Arguto über:
Weltfrieden u. Weltreligion
d. sozialistisch-kommunistische Weltrevolution.
In allen Zeitungsverkaufsstellen zu haben.
Händler gesucht.
Verlag Die Weltrevolution, Berlin N 31, Sonderstr. 22.

Dr. med. Karl Reinhardt
Berlin, Potsdamer Strasse 117 (a. d. Lützowstrasse)
Haut- und Harnarzt
bewährte, fachmännische Behandlung.
Unentgeltliche Auskunft und aufklärende Gratisbroschüren ... von 11–2 mittags, 5–8 abends. Sonntags 11–1 Uhr. Im verschlossenen Brief Mk. 1.20.

U. S. P.
Ortsverein Neukölln.
Am 27. Mai verstarb unser Genosse
Josef Mohr,
Neckarstr. 54.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.
Die Einäscherung erfolgt Sonnabend, 31. Mai, 1½ Uhr im Krematorium Gerichtstr.

Wir erhielten die traurige Nachricht, daß der Genosse
Willi Achtor
im Februar 1919 im Alter von 24 Jahr. in englischer Gefangenschaft an Lungenentzündung gestorben ist.
Wir verlieren in ihm einen lieben Freund und tapferen Kampgenossen für den revolutionären Befreiungskampf des Proletariats. Sein Andenken wird uns teuer sein und sein Kampf der unsere bleiben.
Marie Holz, August Wollrath, Max Kern, Franz Wachowski.
Berlin-Lichtenberg.

DIE REPUBLIK
TAGESZEITUNG DER DEUTSCHEN ARBEITERRÄTE
Schriftleitung: ERNST DÄUMIG und WILHELM HERZOG.

Erscheint ab morgen

Abonnementsbestellungen außer beim Verlag direkt auch bei den U. S. P.-Arbeiterräten

Abonnementspreis M. 2.— pro Monat.

ANZEIGEN kosten die 8gesp. Nonpareillezeile 1.— M.
KLEINE ANZEIGEN pro Wort 20 Pfg.

Ledebour vor den Geschworenen

Neunter Verhandlungstag.

Zu Beginn der Verhandlung teilt der Vorsitzende mit, daß die Haftbeschwerde des Angeklagten vom Kammergericht zurückgewiesen worden ist.

Zeuge Heimann, der dem Stabe des Sicherheitsdienstes im Polizei-Präsidium angehörte, bekundet in großer Erregung, er sei, als er in den Zeitungen die Aussage Thiessenhausens gelesen habe, sehr empört gewesen, denn die Angaben Thiessenhausens seien zum größten Teil unwahr. Zunächst habe ihm der Zeuge Thiessenhausen auf dem Korridor während des Verfahrens erzählt, daß er, Thiessenhausen, Angestellter des Auswärtigen Amtes sei. Thiessenhausen habe wörtlich gesagt: Ich bin im Auswärtigen Amt bei der politischen Polizei tätig und unterstehe direkt Herrn Scheidemann.

Was nun die tatsächliche Stellung Thiessenhausens im Polizeipräsidium betrifft, so führt der Zeuge aus, daß Thiessenhausen eine gewöhnliche Ordonnanz und zwar Schreiber in der Waffenkammer gewesen sei. Es sei unter den Beamten allgemein bekannt gewesen, daß es

Thiessenhausen mit der Wahrheit nicht genau nehme,

sondern daß er ein großer Aufschneider sei. Die ganze Darstellung Thiessenhausens von den Vorgängen im Polizei-Präsidium sei falsch. Ein Vorgang, wie ihn Thiessenhausen behauptet habe, habe sich überhaupt nicht abgespielt. Thiessenhausen habe sich hier als der regierungstreue Mann dargestellt; in Wirklichkeit habe er während des ganzen Dezember

selber Waffen an Arbeiter und Zivilisten verteilt.

Bei den Dezemberkämpfen habe er vom Marstall aus auf die Regierungstruppen geschossen. Thiessenhausen habe sich auch nicht, wie er behauptet, sofort der Regierung zur Verfügung gestellt, sondern erst drei Tage später. Er sei deswegen auch bei der Reorganisation des Sicherheitsdienstes nach den Januarunruhen aus dem Polizeidienst des Präsidiums ausgeschlossen worden.

Nach dieser Aussage Heimanns wurde Thiessenhausen vorgerufen und Heimann gegenübergestellt. Thiessenhausen räumt zunächst ein, daß er Heimann gesagt habe, er sei jetzt im Auswärtigen Amt beschäftigt. Befragt, aus welchen Gründen er diese falschen Angaben gemacht habe, gibt er an, er habe die Leute nicht auf seine Spur hetzen wollen. Thiessenhausen bestreitet auf das entschiedenste, auf die Regierungstruppen geschossen zu haben, er beschuldigt den Heimann der Lüge und des Meineides, und Heimann muß einräumen, daß er das Schießen nicht selbst gesehen hat, sondern nur daraus schließt, daß Thiessenhausen die Führung einer Truppe übernommen hat, die gegen die Regierungstruppen kämpfen ging.

Thiessenhausen gibt heute an, daß er auch bei der Zentrale für Heimatdienst in der Louisenstraße 31 tätig war. Rechtsanwalt Rosenfeld: Wie kommt es, daß Sie uns bei Ihrer vorigen Vernehmung diese Tätigkeit vollkommen verschwiegen haben? — Thiessenhausen: Es sollte nicht bekannt werden, daß ich eine doppelte Tätigkeit ausübte, denn ich war

zu gleicher Zeit, bei der Liga für deutsche Kultur tätig.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Worin bestand denn Ihre Tätigkeit bei der Liga zum Schutze der deutschen Kultur? — Thiessenhausen: Ich hatte Flugblätter und Broschüren zu verteilen und Gewerkschaften und Vereine zu besuchen, um die Erlaubnis des Vorstandes zu erhalten, daß Mitglieder der Liga in den Versammlungen Reden halten konnten. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Welche Tendenz hatten die Bestrebungen der Liga? — Thiessenhausen: Es waren Schriften und Reden belehrenden Inhalts. — Rechtsanwalt Rosenfeld: In welcher politischen Richtung bewegten sie sich? Galten sie der Bekämpfung des Bolschewismus? — Thiessenhausen: Die Liga für deutsche Kultur hat mit der Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus in der Schellingstraße nichts zu tun. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Aber die Schriften der Liga bezweckten doch die Bekämpfung des Bolschewismus? — Thiessenhausen räumt das ein. Seine Tätigkeit für die Zentralstelle für den Heimatdienst war ähnlicher Natur.

Rechtsanwalt Obuch: Sie brauchten die merkwürdige Redewendung, daß Sie bei der Neueinrichtung des Sicherheitsdienstes ausgeschieden wurden. Was meinten Sie damit? — Thiessenhausen: Man wollte alle unzuverlässigen Elemente ausscheiden. Man hielt mich nicht für ganz stubenrein. — Rechtsanwalt Obuch: Sie gaben uns an, daß Sie dem Polizeipräsidenten Richter erzählt hätten,

daß Sie das Material dem „Vorwärts" geliefert

haben. Bezweckten Sie damit, einen besonderen Posten zu erhalten? — Thiessenhausen: Ich wollte mich nicht auf der Straße herumdrücken und Wache stehen. — Staatsanwalt Zumbroich: Es ist mir zu Ohren gekommen, daß der Zeuge nach seiner ersten Vernehmung auf der Straße von verschiedenen Personen bedroht worden ist. Wollen Sie sich einmal dazu äußern? — Thiessenhausen: Nach meiner ersten Zeugenvernehmung wurde ich, als ich nach Schluß der Verhandlung auf die Straße kam, von einer Menge von etwa 150 Personen umringt, die sich zum größten Teil aus den Besuchern des Zuhörerraums zusammensetzten. Ich wurde mit Rufen empfangen: Det is der Kerl! Wir schlagen den Hund tot. Das Aas soll verrecken. Ich sprang auf die Plattform eines Straßenbahnwagens, verschiedene Leute sprangen mir nach und trampelten mich an. Nicht aus persönlicher Feigheit, sondern um ein größeres Unglück aus diesen Tätlichkeiten zu verhindern, erwiderte ich die Angriffe nicht. Ich versuchte abzuspringen, man versperrte mir den Weg und rief: Das Aas soll erst bezahlen. Ich sprang ab und flüchtete in die Kaserne des Regiments Reinhard. Ich würde die Täter, wenn sie mir gegenübergestellt würden, wiedererkennen.

Der Zeuge wird nunmehr nach

seiner Tätigkeit im Januar

befragt, nachdem er aus dem Polizeidienst entlassen war. Der Zeuge sagte darüber aus: Ich stand auf der Straße und befand mich in einer schlechten pekuniären Lage. Ich wandte mich an den Vorwärts-Redakteur Kuttner, der mit mir nach dem Reichstag fuhr und mich dem Herrn Baumeister ans Herz legte. Ganz gegen meinen Willen steckte mich Herr Baumeister, der in mir ein besonderes kriminalistisches Genie entdeckt zu haben glaubte, in den Nachrichtendienst. Ich hatte in meiner Stellung das Material erhalten, das meine Kameraden seinerzeit in der „Rosta" beschlagnahmt hatten. — Rechtsanwalt Obuch: Hatten Sie allgemeine oder besondere Aufträge? — Thiessenhausen: Wir hatten jeder unsere besondere tägliche Order. — Rechtsanwalt Obuch: Worin bestand Ihre Tätigkeit? — Thiessenhausen: Ich hatte allerlei Haussuchungen vorzunehmen. — Rechtsanwalt Obuch: Wie kamen Sie dazu, das kommunistische Material zu verwerten. Thiessenhausen: Ich war von meinen Kameraden zum Vertrauensmann gewählt worden. Auf Befehl der Regierung war die Abteilung vollkommen aufgelöst worden, damit es nicht heißen sollte, daß ein Spitzeldienst bestehe. Wir wollten das Material an der richtigen Stelle los werden.

Ledebour: Ich muß noch auf die Briefe der Gebrüder Ostermann zurückkommen, die Sie nach Ihrer vorigen Vernehmung „gefunden" haben wollen. Wo haben Sie die Briefe gefunden? — Thiessenhausen: Die Briefe lagen in einer Schreibmappe des Willi Ostermann unverschlossen auf seinem Platz. — Ledebour: Und diese Briefe des Ostermann, mit dem Sie gemeinsam als Beamter arbeiteten, haben Sie ohne weiteres an sich genommen und verwertet. — Thiessenhausen: Ich hatte Ostermann in Verdacht, gegen die Regierung zu arbeiten und habe diese schwer belastenden Briefe an mich genommen. — Ledebour: Wem haben Sie diese Briefe gegeben? — Thiessenhausen: Ich habe sie dem Vorsitzenden des Soldatenrates gegeben, der aber sagte, ich sollte mich nicht um Sachen kümmern, die mich nichts angehen. Ich habe sie dann einer großen politischen Zeitung angeboten, die sie aber nicht nehmen wollte. — Ledebour:

Sie haben also mit diesen gestohlenen Briefen . . .

Vorsitzender: Ich bitte, nicht von gestohlenen Briefen zu reden, das ist unzulässig. — Ledebour: Da man also hier die Dinge nicht beim richtigen Namen nennen darf, muß ich mich komplizierter ausdrücken. Sie haben sich also für berechtigt gehalten, mit diesen auf so eigentümliche Weise gefundenen Briefen nach Gutdünken zu operieren? — Vorsitzender: Diese Frage kann ich nicht zulassen, denn sie enthält ein Urteil. — Ledebour: Ich möchte aber gerade die moralische Urteilsfähigkeit dieses Zeugen ergründen. — Rechtsanwalt Liebknecht: Stand die Reise des Zeugen nach Leipzig in Verbindung mit seiner Tätigkeit für die Liga zum Schutze der deutschen Kultur oder irgend einer politischen Persönlichkeit. — Vorsitzender: Diese Frage kann ich nicht zulassen. Wir haben gestern festgestellt, daß es eine private Reise sein sollte. — Rechtsanwalt Liebknecht: Der Zeuge hat uns verschiedene Tätigkeitsgebiete verschwiegen. Wenn man sehr naiv ist, kann man solche Tätigkeit bei der Liga für eine private Tätigkeit halten. Ich frage also: Hängt die Reise des Zeugen mit irgend welchen politischen Auftraggebern zusammen? — Thiessenhausen verneint dies. — Rechtsanwalt Liebknecht: Sie sagten, Sie hätten in der „Rosta" Listen gefunden, die Angaben enthielten, in welcher Weise russisches Geld für Propagandazwecke in Deutschland verwandt worden sei. — Oberstaatsanwalt Zumbroich: Ich bitte diese Frage nicht zuzulassen und beantrage eventuellen Gerichtsbeschluß.

Rechtsanwalt Dr. Herzfeld: Nachdem der Herr Staatsanwalt ein Schriftstück, das vierzehn Tage später als die Januarunruhen erschienen ist, zum Beweise herangezogen hat, erscheint es unbegreiflich, daß er Fragen über die Glaubwürdigkeit eines wichtigen Zeugen als unerheblich abgelehnt wissen will. — Staatsanwalt Zumbroich: Ich glaube, daß die Glaubwürdigkeit des Zeugen Thiessenhausen im wesentlichen unberührt geblieben ist. Das Gericht beschließt, die Frage über die Materialien der Rosta abzulehnen.

Es wird nun der Zeuge Albrecht vernommen. Albrecht war militärisches Mitglied des Vollzugsrats. Er verweigert über die Vorgänge in der Kommandantur, wo er sich dem Hauptmann Marx und Wolfenbahr als der vom Revolutionsausschuß ernannte Kommandant vorstellte, die Aussage. Ebenso verweigert er die Auskunft über die Vorgänge im Marstall. Dagegen bekundet der Zeuge die unwahren Redereien des Thiessenhausen auf dem Korridor.

Zeuge Radke war Kommandant der Volks-Marine-Division. Er bestätigt, daß es das

Verdienst Ledebours war, wenn an seinen Fingern kein Blut klebt.

Nur dem Eingreifen Ledebours sei es zu verdanken, daß Blut nicht geflossen sei. — Rechtsanwalt Herzfeld: Sie waren bei der Verhandlung in der Reichskanzlei am 26. Dezember zugegen, als vereinbart wurde, daß die Truppen nichts gegeneinander unternehmen und daß die Verhandlungen am nächsten Tage fortgeführt werden sollten. Trotzdem wurden diese Vereinbarungen gebrochen und der Marstall am nächsten Tage umzingelt und beschossen. Radke: Diese Vereinbarungen waren getroffen. Trotzdem erschien ein achtzehnjähriger Leutnant und forderte die Räumung von Schloß und Marstall innerhalb 10 Minuten. Er sagte, er komme im Auftrag der Regierung. Um 8 Uhr hörte ich den ersten Kanonenschuß. Der Zeuge bestätigt noch ausdrücklich, daß Ledebour mit der Verteilung der Waffen nichts zu tun gehabt hat.

Zeuge Milewski stellt in diesem Zusammenhang fest, daß seine Annahme, die Maschinengewehre der Marine-Division wären den revolutionären Arbeitern ausgeliefert worden, irrtümlich sei. Sie waren aus dem Lichthof von dem Waffenmeister der Marine-Division entfernt und verschlossen worden. Darum hat sie der Zeuge nachher nicht mehr gesehen.

Zeuge Grundke war stellvertretender Kompagnieführer bei den Matrosen im Marstall. Auch dieser Zeuge bestätigt, daß sich Ledebour

um die Ausgabe der Waffen in keiner Weise gekümmert

hat. Er schildert, wie am Montag in dem zweiten Hofe an die Arbeiter Waffen ausgegeben worden sind. Er berichtet auch über die Mißstimmung der Matrosen darüber, daß sie nicht mehr die Herren in ihrer eigenen Kaserne waren. Dorenbach sollte verhaftet werden, weil er ohne Vorwissen der andern die Arbeiter in den Marstall hineingelassen und Vereinbarungen mit dem Revolutionsausschuß getroffen haben soll. — Ledebour: Es ist hier von einem Zeugen behauptet worden, ich hätte mich im Lichthof am Montag nachmittag um die Waffenausgabe gekümmert. — Grundke: Diese Angaben können nicht stimmen. Die Waffen wurden im zweiten Hof verteilt. Ledebour hat keine Waffen verteilt und sich in keiner Weise darum gekümmert.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittagssitzung wurde der Zeuge Lemke vernommen. Er war einfacher Matrose in der Volksmarine-Division und will von zwei Zivilisten, die er gar nicht kannte, den Auftrag erhalten haben,

das Kriegsministerium zu besetzen.

Lemke kam diesem Befehl nach und marschierte mit den zwei Zivilkommandanten und dreihundert Bewaffneten nach dem Kriegsministerium. Er legte dem dortigen Wachhabenden, Leutnant Hamburger, eine Proklamation vor, dahingehend, daß die Regierung Ebert-Scheidemann abgesetzt sei, und eine neue revolutionäre Regierung ihre Tätigkeit beginne. Leutnant Hamburger erklärte, daß er das Kriegsministerium nur übergeben könne, wenn die Aufforderung die Originalunterschriften des Revolutionsausschusses tragen würde. Der Zeuge begab sich nun mit den beiden Zivilisten nach dem Marstall zurück und erhielt hier von Liebknecht die Unterschriften für sich und den abwesenden Ledebour. Auch Scholze unterzeichnete. Anstatt mit der unterzeichneten Proklamation zu der Truppe vor dem Kriegsministerium zurückzugehen, überließ der Zeuge die Mannschaft, deren Kommando er übernommen hatte, ihrem Schicksal, nahm das wichtigste Schriftstück an sich und meldete sich krank. Nach etwa acht Tagen übergab er die Urkunde dem Pressebearbeiter Moser in der Reichskanzlei, der sich ihm als Sekretär Eberts vorgestellt hatte.

Zeuge Büchel vom Vollzugsrat schildert, wie Ledebour am Donnerstag in eine Sitzung kam, und trotz der erregten Stimmung sofort versuchte, einen Ausgleich anzubahnen. Ledebour sagte ihm: Sie sollten unter allen Umständen dafür Sorge tragen, daß das Blutvergießen aufhört. Büchel antwortete: Da müssen Sie sich an diejenigen wenden, die das Komplott im Marstall beschlossen haben. — Ledebour: Nach meiner Erinnerung haben Sie nicht gesagt, daß ein Komplott, sondern daß ein Pakt geschlossen sei. Ich dachte an den Pakt vom Dezember und war daher erstaunt, daß Sie auf diese Sache zurückkamen. Ich kam zu dieser Auffassung dadurch, daß Sie den Ausdruck Pakt falsch anwandten. Die Staatsanwaltschaft und der Untersuchungsrichter

haben aus diesem meinen natürlichen Erstaunen eine Verblüffung gemacht

und im Sinne der Anklage verwendet. Erinnern Sie sich, das Wort Pakt gebraucht zu haben? — Büchel: Jawohl, ich erinnere mich. — Ledebour: Dann ist alles aufgeklärt. Verblüfft bin ich nicht gewesen, lieber Freund. Ich war nur überrascht, daß Sie auf diesen Vorgang vom Dezember zurückgriffen.

Zeuge Hillbrandt war im Bureau der Volks-Marine-Division beschäftigt. Er war Montag den ganzen Tag im Marstall und machte über die Vorgänge sehr genaue Angaben. Er beschreibt die Formierung der revolutionären Arbeiter, ihre Aufstellung in Reih und Glied und erklärt es für ausgeschlossen, daß Liebknecht und Ledebour sich um diese Tätigkeit gekümmert haben. Auch die Waffenausgabe zu verschiedenen Tageszeiten hat er eingehend beobachtet. Er hat gesehen, wie die Waffen nach Listen der Betriebe ausgegeben wurden und unsichere Elemente, die sich eingeschlichen hatten, übergangen wurden. Er hat nicht gesehen, daß sich Ledebour oder Dr. Karl Liebknecht um die Waffenausgabe in irgend einer Weise bekümmert haben und hält dieses nach seiner genauen Kenntnis der damaligen Sachlage und dessen Beschaffenheit für ausgeschlossen.

Ledebour: Glauben Sie, daß ich Waffen, Handgranaten oder was weiß ich für Sprengstoffe, die mir

aus dem Hinterhalt von der Staatsanwaltschaft zugeschoben

worden, verteilt habe? — Vorsitzender: Es ist völlig unzulässig, von einem Hinterhalt der Staatsanwaltschaft zu sprechen. — Ledebour: Es werden hier tropfenweise Beschuldigungen vorgebracht, deren Sinn bei der Fragestellung den Zeugen gar nicht klar ist, Sachen, von denen bisher noch nicht die Rede war. — Vorsitzender: Es steht alles in der Anklage. — Ledebour: Jawohl. Sie vernehmen auch die Zeugen im Sinne der Anklage, aber die Anklageschrift wird nicht verlesen und die Herren Geschworenen müssen ein falsches Bild erhalten. — Vorsitzender: Ich verbitte mir eine Kritik meiner Amtsführung. Die Verlesung der Anklageschrift ist gesetzlich unzulässig. — Ledebour: Ich will mit meinem Vorwurf nicht die Person des Vorsitzenden treffen. Ich bin erregt. Meine Empörung richtet sich gegen das ganze verfehlte Verfahren, in dem die falsche Schuld liegt. — Vorsitzender: Eine Kritik der bestehenden Gesetze gehört nicht her, ich kann sie nicht zulassen.

Die Verhandlung wird auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

Preußische Landesversammlung.

30. Sitzung, Freitag, den 30. Mai 1919.

Abg. von Kries (Dnat. Vp.) stellt eine kleine Anfrage über das Vorgehen des Obersten Polnischen Volksrats gegen die preußischen Staatsbürger.

Ministerialdirektor Meißner verweist auf die bereits veröffentlichte Gegenerklärung der preußischen Staatsregierung. Das Vorgehen des polnischen Volksrates sei eine unerhörte Anmaßung; mit allen zu Gebote stehenden Mitteln soll den angedrohten polnischen Uebergriffen entgegengetreten werden.

Einen Antrag des Justizministers auf Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Winkler (U. Soz.) wegen Beteiligung an einem Aufruhr lehnt das Haus auf Antrag des Geschäftsordnungsausschusses ab.

Den Antrag des Justizministers auf Genehmigung der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. Kalinowski (Soz.) beantragt der Geschäftsordnungsausschuß ebenfalls abzulehnen.

Abg. Koenen (Dem.) erhebt Einspruch, da die gegen den Abg. Kalinowski erhobenen Vorwürfe ehrenrührig seien, und der Abgeordnete selbst ein besonderes Interesse daran habe, daß die Genehmigung zur strafgerichtlichen Verfolgung erteilt würde.

Abg. Hoffmann (U. Soz.) beantragt Zurückverweisung der Angelegenheit an den Geschäftsordnungsausschuß.

Das wird einstimmig beschlossen.

Abg. Dr. Reineke (Zentr.) begründet eine förmliche Anfrage über verstärkten polizeilichen Schutz gegen räuberische Ueberfälle. In vielen ländlichen Bezirken, insbesondere nahe dem rheinisch-westfälischen und dem oberschlesischen Industriegebiet haben sich die räuberischen Ueberfälle umherziehender Banden auf einsam gelegene Gehöfte zur Erpressung von Lebensmitteln gemehrt. Die Behörden hätten weder Mut noch Kraft bewiesen, den Räubern entgegenzutreten. Es möchten überall Einwohnerwehren eingerichtet werden; es gibt aber zahlreiche Arbeiterräte, die der Bildung von Einwohnerwehren Hemmungen in den Weg legen. (Unruhe bei den Unabhängigen.)

Ministerialdirektor Meyer: Die Regierung stimmt mit dem Vorredner völlig überein. Die Sicherheit auf dem platten Lande wird tatsächlich dadurch gefährdet, daß Verbrecher in Banden zusammengeschlossen auf dem Lande Plünderungszüge ausführen. Die Landgendarmerie ist erheblich in kurzer Zeit um 50 Prozent verstärkt worden. Daneben können wir aber auf die Selbsthilfe der Bevölkerung auf dem platten Lande nicht verzichten. Die Regierung begünstigt alle dahinzielenden Bestrebungen und unterstützt ebenso die Bildung von Einwohnerwehren.

In die

Besprechung der Anfrage

wurde auf den Antrag der U. S. P. hin eingetreten. Dies wäre fast zur Unmöglichkeit geworden, weil das Haus, die Rechtssozialisten eingeschlossen, die Unterstützung des Antrags unserer Fraktion allein überließ.

Abg. Dr. Hoffmann-Kattowitz (Dnatl. Vp.): In Oberschlesien wird die Erbitterung der unter harten Entbehrungen arbeitenden Massen durch den Gegensatz zu dem Wohlleben der Schieberkreise mit ihrem großen Einkommen genährt. Auch die nationalpolnische Agitation zieht aus diesen Verhältnissen Nutzen. Der Viehbestand wird durch diese Räubereien aufs höchste bedroht.

Abg. Sachnow (Dem.): Auch in rein ländlichen Bezirken gehören solche Vorkommnisse nicht zu den Seltenheiten. In Ostfriesland haben Zusammenrottungen stattgefunden, und die Bauern sind unter Androhung von Gewalttätigkeiten zur Auslieferung der Lebensmittel, namentlich der Kartoffeln, gezwungen worden. Die Wurzeln für diese Erscheinungen liegen mit darin, daß in den Arbeiterkreisen auf dem Lande, die nicht zu den Selbstversorgern gehören, bitterer Mangel herrscht. Man soll die polizeilichen Maßnahmen nicht unterlassen, aber gleichzeitig die Ursachen berechtigter Unzufriedenheit abstellen.

Abg. Paul Hoffmann (U. S. P.):

Auch wir bestreiten nicht, daß Uebergriffe vorgekommen sind. Aber sie wollen die Gelegenheit benutzen, die Bildung von Einwohner- und Bauernwehren zu forcieren. Es ist aber zu beachten, daß viele Fälle keine Raubfälle sind, sondern glatte Schiebungen. So sind in Teltow-Beeskow von dem Arbeiterrat Fleischmengen beschlagnahmt worden, die nicht abgeliefert worden sind. Vor längerer Zeit hat der Arbeiterrat in Frankfurt Maßnahmen gegen Plünderungen von Eisenbahnwagen getroffen. Die Behörden haben jedoch dagegen Einspruch erhoben und so ist es zu Plünderungen gekommen. In Stettin ist die Behörde, insbesondere das Militär ähnlich vorgegangen. Anstatt dessen hat man meinen Parteifreund, der sich um Verhütung von Plünderungen bemüht hat, in Haft gesetzt. Auf dem Potsdamer Güterbahnhof — um ein Beispiel anzuführen — sind vor kurzem vier Wagen mit Bekleidungsstücken angekommen. Regierungssoldaten begannen zu plündern. Der Lokomotivführer wandte sich an die Polizei um Hilfe. Als diese erschien, trat auch der beschäftigende Leutnant auf den Plan. Anstatt aber die Polizei in ihrem Bemühen zu unterstützen, wie es seine Pflicht gewesen wäre, untersagte er der Polizei das Eingreifen. Er weigerte sich, seinen Namen zu nennen und als er sich an die plündernden Soldaten wandte, sagten diese ihm, er möge nur stille sein, er gehöre zu den größten Schiebern und habe erst jüngst zweitausend Paar Militärstiefel verschoben. Es hat sich überhaupt herausgestellt, daß vielfach

gerade die Regierungstruppen

es sind, welche plündern.

Die Arbeiter- und Soldatenräte, die alles aufbieten, um Mißstände zu beseitigen, finden nicht die mindeste Unterstützung. Man tut vielmehr alles, sie zu beseitigen. Und die Einwohnerwehren, von denen viele Gemeinden nichts wissen wollen, werden diesen vielfach direkt aufgezwungen.

Die Regierung ist eben die Schrittmacherin der Reaktion und an der Spitze steht der Minister des Innern Heine. Es wird ihnen aber nicht gelingen die Arbeiterräte zu beseitigen, denn die Arbeiterschaft steht in ihrer Gesamtheit hinter diesen ihren revolutionären Errungenschaft.

Abg. Stendel (D. Vp.): In Ostfriesland haben Arbeiterhorden auf dem Lande geplündert (Großer Lärm bei den Soz. und U. Soz., der sich ständig steigert, da der Redner das Wort Arbeiterhorden mehrfach wiederholt. — Abg. Hoffmann ruft dem Redner zu: Sie haben kein Schamgefühl — Andauernder Lärm). Die Einwohnerwehren müssen schleunigst mit Waffen versehen werden. Viele Schleichhändler haben es verstanden, Arbeiterräte zu werden. (Unruhe bei den Soz.)

Unterstaatssekretär Meyer: Das Wort Arbeiterhorde ist ein Widerspruch in sich. Denn wer plündert, ist kein Arbeiter, sondern ein Verbrecher. Ich hätte gewünscht, daß die Herren von der äußersten Linken die gleiche Aufregung gezeigt hätten, als Herr Hoffmann von den Regierungstruppen als einer Horde sprach. (Sehr richtig!) Das muß ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen. (Beifall.) Die Einwohnerwehren werden von der Regierung begünstigt, sie dürfen natürlich kein politisches Instrument sein. Eine Ehrenwache aus den drei sozialistischen Parteien wäre keine befriedigende Lösung.

Abg. Klaußner (U. S. P.):

Ohne Zweifel sind die Plünderungen in der Mehrzahl der Fälle auf Regierungstruppen zurückzuführen. (Große Unruhe.) Ihr Antrag auf Verstärkungen polizeilichen Schutzes auf dem Lande ist nur der Vorwand, um die Einwohnerwehren zu stärken, die Sie zu gegebener Zeit zu politischen Zwecken mißbrauchen wollen.

Was es mit den Diebstahls- und Plünderungsfällen auf sich hat, kann ich an einigen Beispielen aus Beeskow nachweisen. Dort sind vom Volksausschuß beschlagnahmte Getreide- und Fleischmengen am nächsten Tag verschwunden gewesen, angeblich waren sie gestohlen worden, in Wirklichkeit jedoch sind sie zu ungeheuren Wucherpreisen verschoben worden. Wo wirklich Fälle von Diebstahl vorkommen, dürfen wir überzeugt sein, daß es sich um Handlungen aus bitterster Not handelt. Was aber soll man dazu sagen, daß fast und sogar achtköpfige Arbeiterfamilien durch gerichtliches Urteil gezwungen werden, dem Ortsgeistlichen für die Einsegnung eines der Kinder eine fette Gans abzuführen! Das ist nicht zu rechtfertigen.

Ich will Ihnen aber auch noch eine andere Gelegenheit geben, sich zu entrüsten. Herr von Kardorff hat neulich von dem Schwindel der Arbeiterräte gesprochen. Man darf mit mehr Recht von Landratsschwindel sprechen. Im Kreise Beeskow sind auf dem Landratsamt neben vielen anderen Dingen für 10 000 Mark Stickstoff abhanden gekommen. Wenn Diebstähle vorkommen, so kommt es daher, daß der Schleichhandel mit seinen Wucherpreisen immer mehr überhand nimmt. Trotz aller Aufrufe wird die Milch- und Butterablieferung täglich geringer. Eier sind für Landbewohner nicht mehr zu haben, weil sie zu Wucherpreisen nach den Städten verkauft werden. Da ist es kein Wunder, wenn schließlich Selbsthilfe eintritt. Dem können Sie am besten steuern, wenn Sie dafür sorgen, daß die arbeitende Bevölkerung wenigstens die zustehenden Lebensmittel erhält. Zu diesem Zwecke müssen Sie den Ausbau der Arbeiterräte fordern, anstatt sie zu sabotieren.

Abg. Lichtenstein (U. S. P.):

Abg. Meyer-Rheine (Soz.): Es mag schon vorkommen, daß arme ausgehungerte Menschen auf eigene Faust ausziehen, um sich Lebensmittel zu verschaffen. Wir verurteilen das, weil wir Ordnung wünschen. Schuld trägt aber auch die Regierung durch die mangelhafte Verteilung.

Die Verwilderung der Sitten im Krieg trägt Schuld an der wachsenden Unsicherheit. ... diese Verwilderung ist unter dem Einfluß des Militarismus eingetreten. Allerdings werden es die Aermsten der Armen sein, die zur Selbsthilfe greifen, denn Amtsgerichtsräte und ähnliche haben das eben nicht nötig. Daß die Regierungstruppen zumeist erst den Zustand der Unsicherheit herbeiführen, haben wir an zahlreichen Beispielen gesehen. So war in Hirschberg z. B. solange keine Gewalttat vorgekommen, bis die Regierungstruppen einrückten. Dann ging es los. Dann wurde den Einwohnern mit vorgehaltenem Revolver Geld und anderes abgenommen von — Regierungstruppen.

Abg. Stubbe (Soz.): Gerade in der Beschlagnahme von Lebensmitteln, die der Gesamtheit entzogen werden sollten, haben unsere Arbeiterräte Tüchtiges geleistet. Beruhigung wird nur geschaffen durch gleichmäßige Verteilung aller Lebensmittel in Stadt und Land. Den Einwohnerwehren stehen die Arbeiter mißtrauisch gegenüber.

Abg. Reinicke (Z.): Die Größe der Not sei zugestanden. Es darf aber nicht vergessen werden, daß bei den Plünderungen auch Erpressungen und Bedrohungen aller Art, ja selbst Totschläge vorgekommen sind.

Damit schließt die Besprechung. — Es folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Ad. Hoffmann und Stendel.

Es folgt eine Anfrage der Rechtssozialisten, was zur

Verbesserung des Bergarbeiterschutzes

und die zeitgemäße Reform des Knappschaftswesens erfolgen solle.

Abg. Neuschenberg (Soz.): Die Unfall- und die Krankheitsziffer ist gerade bei den Bergleuten erschreckend groß. Die Löhne werden sehr oft im Gedinge nach Willkür von den Beamten festgesetzt. Wir fordern den beschleunigten Abschluß von Tarifverträgen, wir fordern sozialistische, von den Arbeitern gewählte und vom Staat besoldete Arbeiterkontrolleure, die an die Stelle der unwirksamen Einrichtung der Sicherheitsmänner zu treten haben. Wir fordern die Heraufsetzung des Alters der jugendlichen Arbeiter in den Gruben und das absolute Verbot der Frauenarbeit. Die Arbeitszeit in den Gruben muß herabgesetzt werden. Nicht minder dringlich ist die Reform des Knappschaftswesens. Die Not der Bergmannswitwen und der Bergarbeiterwaisen schreit zum Himmel. Es muß endlich ein Reichsberggesetz gemacht werden. Die Bergarbeiter verlangen nach einem bestimmten Zeitraum, etwa nach 25 Jahren, die Pensionsberechtigung. Wie die Forderungen haben in dem großen Bergarbeiterstreik im März ihre Rolle gespielt. Befriedigt man die berechtigten Wünsche der Bergarbeiterschaft, so wird sie alles dran setzen, unser darniederliegendes Wirtschaftsleben wieder hochzubringen.

Abg. Roßmann (Zentr.) führt Beschwerde über das Verhalten der französischen Besatzungsbehörden und über die Bergwerksdirektion im Saarrevier.

Abg. Jürgiebel (Soz.) schildert eingehend die wirtschaftliche Lage der Bergarbeiter im Saarrevier.

Handelsminister Fischbeck: Der Verfassungsentwurf in Weimar sieht vor, daß in Zukunft die Gesetzgebung über das Bergwesen auf das Reich übergeht. Die Schutzverhältnisse der Arbeiter und Angestellten im Bergwesen werden daher ebenfalls Reichssache werden. Anläßlich des Streiks im Saarrevier sind Beamte und sogar arbeitswillige Arbeiter gegen alles Völkerrecht verhaftet worden. 21 wurden schwer bestraft. 300 wurden unter entwürdigender [illegible] über die Grenze gebracht. Wir werden alles tun, um den Bedrängten an der Saar zu helfen. Wenn ein Arbeiter verhindert worden ist, sich an einen Abgeordneten zu wenden, so mißbillige ich das. (Beifall.)

Abg. Steger (Zentr.) begrüßt die in Aussicht stehende reichsgesetzliche Regelung des Bergwesens.

Die Zersplitterung der Knappschaftsvereine wirkt außerordentlich reformhindernd. Die Vereinheitlichung des Knappschaftswesens ist auch Voraussetzung für das Gelingen des Bergarbeiterschutzes.

Die Besprechung wird vertagt.

Nächste Sitzung Sonnabend, den 31. Mai.

Justiz-Debatte.

Im Haushaltungs-Ausschuß der Preußischen Landesversammlung wurde die Justizdebatte fortgesetzt und nach siebstündiger Sitzung beendet. Zunächst wurde die Erörterung des Straf-Vollstreckungswesens fortgesetzt. Der Justizminister am Zehnhoff teilte mit, daß er infolge der vom Abgeordneten Dr. Rosenfeld (U. S.) vorgetragenen Beschwerden die Gefängnisse in der Lehrter Straße und in Plötzensee besichtigt habe. Er habe auch die Zelle besichtigt, in der Radek nach seiner Einlieferung untergebracht worden war. Er sei aber erstaunt gewesen, wie gut diese Zelle gewesen sei (!). In den anderen Zellen habe er sogar einen gewissen Komfort (!) gefunden, auch recht gute Bücher. Das Essen habe er geschmeckt, er habe es ganz gern gegessen; freilich der Klippfisch, auf den sich die meisten Klagen der Gefangenen bezogen hätten, habe gerochen. Im allgemeinen sei er von dem, was er in den Gefängnissen gesehen habe, recht befriedigt gewesen. Allerdings sei es kein Vergnügen, eine Strafe verbüßen zu müssen. Mancher Richter wisse nicht, was er tue, wenn er Gefängnis verhänge. Er habe daher angeordnet, daß die Referendare sich möglichst viel in den Gefängnissen umsehen sollten, um sich mehr über die physische und psychische Wirkung der Gefängnisstrafe informieren zu können.

Abgeordneter Dr. Rosenfeld trat diesen Ausführungen entgegen und hielt, unter Anführung zahlreicher Klagen der Gefangenen, seine Schilderungen der Gefängnisse, insbesondere der Zelle Radeks, aufrecht. Er besprach die inhumane Behandlung der inhaftierten Mütter, die mit ihren Säuglingen in Haft behalten werden, und denen nach neun Monaten ihr Kind genommen würde. Zu den in Aussicht genommenen Gefängnisbeiräten müßten in allen Gefängnissen Frauen und Arbeitervertreter hinzugezogen werden. Die Gnadengesuche dürften nicht zur Entscheidung denselben Staatsanwälten überwiesen werden, die vorher die Anklage vertreten hätten. Rechtssozialistische Abgeordnete unterstützten diese Beschwerden und Wünsche. Ministerialdirektor Fritze sagte eine Reform der Prüfung der Gnadengesuche zu.

Der Ausschuß beschloß auf Antrag Dr. Rosenfeld, die Regierung zu ersuchen: 1. Auf eine erhebliche Erhöhung der Löhne der Gefangenen hinzuwirken; 2. eine systematische Fürsorge für die zur Entlassung kommenden Gefangenen, insbesondere durch Verbindung mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen, vorzubereiten; 3. die Bestimmung aufzuheben, durch die das Recht, Gefangenen Lebensmittel zu geben, auf die „Angehörigen" beschränkt wird; 4. auch für Untersuchungsgefangene Beiräte zu schaffen und zu allen Beiräten auch Arbeitervertreter und überall Frauen zuzuziehen. Der Antrag der Rechtssozialisten, die monarchenverherrlichende und die Traktätchen-Literatur aus den Gefängnisbibliotheken zu entfernen, wurde leider abgelehnt und nur ein Antrag der Demokraten angenommen, von einer Zentralstelle aus die wertlosen Bibliotheksbücher durch wertvolle zu ersetzen. Auf Antrag der Rechtssozialisten wurde beschlossen, für die Gefangenen den Zwang zur Teilnahme an gottesdienstlichen Handlungen in Fortfall zu bringen.

In der Rechtspflege im allgemeinen wurde von verschiedenen Ausschußmitgliedern, nicht nur von den Sozialdemokraten beider Richtungen, Kritik geübt, besonders an den Urteilen der außerordentlichen Kriegsgerichte. Unser Vertreter beantragte die Einführung der Berufung und Revision sowie des Wiederaufnahmeverfahrens. Von dem Abgeordneten Heilmann (Soz.) und Dr. Rosenfeld (U. Soz.) wurde die immer noch arbeiterfeindliche Zusammensetzung der Schöffen- und Geschworenen-Gerichte kritisiert. Unser Vertreter forderte auch die Zulassung von Frauen zu diesen Gerichten, ferner die Oeffnung der juristischen Laufbahn für die Nichtbesitzenden, Beihilfen für Referendare und Assessoren, Verleihung des Notariats an Rechtsanwälte ohne Rücksicht auf deren Konfession und religiöses Bekenntnis. Der Justizminister konnte mitteilen, daß ein Gesetz in Vorbereitung sei, um die Zulassung von Arbeitern zu den Schöffen- und Geschworenen-Gerichten zu gewährleisten. Auch der Referendare und Assessoren wolle sich die Verwaltung annehmen. Dr. Rosenfeld trug aus, vor, daß im Prozeß Ledebour ein Staatsanwalt Ordnungsstrafe gegen einen Verteidiger beantragt habe, was mit der Stellung der Verteidiger, die nach dem Gesetz dem Staatsanwalt nicht unterstellt seien, unvereinbar sei. Geh. Oberjustizrat Werner stellte eine Verfügung des Justizministers in Aussicht, durch die den Staatsanwälten untersagt werden solle, gegen Rechtsanwälte Anträge auf Bestrafung wegen Ungebühr zu stellen.

Der Ausschuß beschloß, die Regierung aufzufordern, 1. den Rechtsanwälten nach 20 Jahren einwandsfreier Berufstätigkeit das Notariat zu geben, 2. gegen die Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte Revision und Wiederaufnahmeverfahren zuzulassen.

Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins.

Gestern fand im Herrenhaus eine Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Die Stellung der kommunalen Arbeiterräte" hielt das Referat Kubig (U. S. P.). Als nach Beginn der Revolution die kommunalen Arbeiterräte ihre Tätigkeit in den Gemeinden aufnahmen, da atmete das Bürgertum auf; denn die Gesellschaft war gerettet. Alles erwartete Rat und Hilfe von den Arbeiterräten. Sie haben es auch verstanden, die widerstrebenden Teile der Arbeiterschaft in einen Strom zu vereinigen. Viele Gemeindehäupter haben die segensreiche Wirkung der kommunalen Arbeiterräte anerkannt. Das muß gerade jetzt betont werden, wo man dabei ist, die Arbeiterräte abzuwürgen. Die kommunalen Arbeiterräte werden aber auch weiter beweisen, daß sie lebensfähig sind und nicht verschwinden wollen. Die Vertreter der S. P. D. stellen sich in den Gemeinden mit sozialistischen Mehrheiten auf den Standpunkt, daß hier die kommunalen Arbeiterräte überflüssig seien. Jetzt hält aber auch die S. P. D. das Weiterbestehen der kommunalen Arbeiterräte für notwendig. Das Bürgertum verlangt mit Nachdruck ihre Beseitigung. Die Bürgerräte verlangen beim Weiterbestehen Gleichberechtigung mit den Arbeiterräten. In einer Besprechung mit dem Bürgerrat hat Minister Heine erklärt, daß es Sache der neugewählten Gemeindevertretungen ist, zu entscheiden, ob sie neben sich eine Kontrollorgan dulden wollen oder nicht. Zu gleicher Zeit nimmt aber der Ernährungsminister Schmidt die Arbeiterräte für die Regelung der Lebensmittelfrage in Anspruch. Die Regierung ist also verschiedener Ansicht in dieser Frage. Die kommunalen Arbeiterräte haben eine ganz andere Aufgabe, wie die Gemeindevertretungen. Wenn u. a. Oberbürgermeister Dominicus die Arbeiterräte jetzt für überflüssig hält, so zeigt das, wie notwendig es ist, die politischen Machtverhältnisse so zu gestalten, daß die Arbeiterräte anerkannt werden. Der Standpunkt des Oberbürgermeisters Wermuth, der die Tätigkeit der kommunalen Arbeiterräte im Interesse der Allgemeinheit für notwendig hält, ist zu begrüßen. Der Zentralrat will die Arbeiterräte so lange bestehen lassen, bis eine Neuregelung der Gemeindeverordnungen erfolgt ist. Wir verlangen aber unbedingtes Weiterbestehen und Ausbau der kommunalen Arbeiterräte und gesetzliche Anerkennung durch die Preußische Landesversammlung. Bei der Arbeiterschaft liegt es, das Rätesystem zu verankern, und sei es durch Kampf. Diese Errungenschaft der Revolution dürfen wir uns auf keinen Fall entreißen lassen.

Gazesendky (Zentralrat): In der Rätefrage herrscht die größte Konfusion. Um sich ein Urteil bilden zu können, muß man Mitglied des Zentralrates sein. (Gelächter.) Der Zentralrat ist der Ansicht, daß der Einfluß der Arbeiter auf die Produktion nicht weit genug gehen kann. Die politische Betätigung ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Wenn die Sicherung der Revolution erfolgt ist, dann sind die Räte überflüssig. (Widerspruch). Der Zentralrat steht nicht auf dem Standpunkt: „alle Macht den Arbeiterräten". (Lärm und Widerspruch.) Das alte Verwaltungssystem muß organisiert werden. Die Rätefrage muß von den Arbeitern selbst entschieden werden. Da wir stets für das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden eingetreten sind, dürfen wir auch keine Kontrollinstanz dulden. Ueber kommunale Fragen hat nur die Gemeindevertretung und der Magistrat zu entscheiden. (Widerspruch.) In den Betrieben der Gemeinde arbeiten natürlich die Räte mit. Wenn sich in dieser Frage die Arbeiterschaft nicht einigt, dann wird sie keinen Einfluß ausüben können.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß der Minister des Innern die kommunalen Arbeiterräte nicht mehr anerkennen könne, weil die Gemeindevertretungen auf Grund des freiesten Wahlrechts der Welt gewählt seien. Eine Basis für die gesetzliche Regelung der Finanzierung der Arbeiterräte sei auch nicht vorhanden. In einigen Orten haben die kommunalen Arbeiterräte jetzt ihre Tätigkeit eingestellt, weil sie einsehen, daß sie überflüssig sind. (Widerspruch.)

Günther (S. P. D.) begründet nachstehende Resolution:

„Die kommunalen Arbeiterräte haben in Verbindung mit den Betriebsräten und den Betriebsorganisationen, denen allerdings das Hauptgewicht zufällt, ihren Teil mit dazu beizutragen, die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu zertrümmern und die Voraussetzung für die Errichtung der Räterepublik mit sozialen Kommunen zu schaffen.

Die kommunalen Arbeiterräte werden auch im heute noch kapitalistischen Deutschland revolutionierend tätig sein müssen, denn die politischen und wirtschaftlichen Forderungen ihrer Wähler machen aus ihnen revolutionäre Körperschaften. Die Kopf- und Handarbeiter werden die mannigfaltigsten Forderungen, die ihre wirtschaftliche und politische Lage betreffen, durch den kommunalen Arbeiterrat stellen. Sie werden Unterstützung für das Durchdrücken solcher Forderungen verlangen.

Die Vollversammlung betont ausdrücklich:

Die kommunalen Arbeiterräte müssen jetzt schon gleich den Betriebsräten und den Betriebsorganisationen zu Waffen für das revolutionäre kämpfende Proletariat gemacht werden."

Hesselbarth begründet folgenden Antrag:

„Die Vollversammlung beschließt, als Gegenmaßnahme gegen die Absicht, die kommunalen Arbeiterräte zu beseitigen, die Mieter aufzufordern, so lange die Miete schuldig zu bleiben, bis die Finanzierung der Arbeiterräte sichergestellt ist."

Herfurth (K. P. D.): Die kommunalen Arbeiterräte dürfen sich nicht zum Kontrollorgan herabwürdigen lassen, sondern haben die Aufgabe, in die Organisation einzugreifen. Der Vorschlag des Referenten, mit der Regierung in dieser Frage zu verhandeln, ist kläglich. In der jetzigen Zeit ist jedes Verhandeln mit der Regierung Verrat an der Revolution. Die Vertreter, die durch Nationalversammlung und Gemeindevertretungen die Macht wieder an die Kapitalisten ausgeliefert haben, haben keinen Grund zur Klage. Der Kampf gegen die Arbeiterräte ist ein Kampf der Regierung gegen das Proletariat. Deshalb müssen wir alle Kräfte zusammenhalten, um die Regierung zu stürzen.

Freimann (S. P. D.): Die Fraktion der S. P. D. steht auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterräte bis zur Durchführung der Selbstverwaltung auf Grund des Erfurter Programms bestehen bleiben müssen. Bei der Abstimmung über die heute vorliegenden Anträge wird sich die S. P. D. der Stimme enthalten.

Pfeiffer (U. S. P.): Herfurth hat nicht gezeigt, wie wir aus dem heutigen Zustand herauskommen. Praktische Vorschläge sind von den Kommunisten nicht gemacht worden. Die Ansichten des Vertreters des Zentralrates widersprechen den Beschlüssen des Rätekongresses.

Einstein (K. P. D.): Der Zentralrat scheint auf dem Standpunkt zu stehen, daß die Revolution bereits gesichert ist. Das Gegenteil ist aber der Fall.

Gazesendky (Zentralrat): Bis vor kurzem hat der Vollzugsrat immer nur das Kontrollrecht für die kommunalen Arbeiterräte verlangt. Jetzt erst steht man auf dem Standpunkt, daß alle Macht den Arbeiterräten gehört.

Kubig betont in seinem Schlußwort, daß er nicht für Verhandlungen mit der Regierung eingetreten ist.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Günther angenommen. Hesselbarth zieht seinen Antrag zurück. Ferner wird ein Antrag angenommen, die sozialdemokratischen Abgeordneten, die auf dem Boden des Rätesystems stehen, aufzufordern, im Falle der Beseitigung der kommunalen Arbeiterräte ihren Austritt aus den kommunalen Körperschaften, den Landesversammlungen und der Nationalversammlung zu erklären.

Ein Antrag, der für die kommunalen Arbeiterräte das Stimmrecht in den Körperschaften der Gemeinden verlangt, wird abgelehnt.

Damit vertagt sich die Versammlung.

Zur Schließung der Heeresbetriebe.

Aus Erfurt wird offiziell berichtet: Die am 29. Mai hier tagende Reichskonferenz der in den Heeres- und Staatsbetrieben beschäftigten Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen nahm Stellung zu den Maßnahmen der Regierung, betr. Schließung und Auflösung der Heeresbetriebe. In schärfster Weise wurde von den Vertretern der wichtigsten Heeresbetriebe in Spandau, Leipzig, Kiel, Erfurt, Siegburg usw. gegen die Stillegung der Betriebe, besonders in Spandau, protestiert. Es wurde gefordert nicht Schließung, sondern Umstellung der Betriebe auf Friedenswirtschaft, und Herstellung von Massenartikeln für Staatsbedarf. Vom Kabinett waren Vertreter des Reichsarbeitsamts, Abteilung für Kriegsbeschädigtenfürsorge, sowie vom Reichswirtschaftsamt entsandt, um die Kabinettsbeschlüsse über die Sicherstellung der entlassenen Kriegsbeschädigten bekanntzugeben, die Zahlung eines Zuschlages zur Rente und zur Erwerbslosenfürsorge vorsehen bis zur Höhe von 80 Prozent des Lohnes eines gesunden Arbeiters. Von den in der Mehrzahl anwesenden Vertretern der K.B. und Hinterbliebenen wurde eine Entschließung eingebracht, die besagt, daß die Kabinettsbeschlüsse vom Standpunkte der Kriegsbeschädigten zu verwerfen seien. Den Kriegsbeschädigten könne mit sogenannter Schnapsrente nicht gedient sein, sie verlangen ein Recht auf Arbeit durch Schaffung eines wirksamen Arbeitseinstellungszwanges, Freimachung aller geeigneten Arbeitsplätze in allen Betrieben unter Beaufsichtigung von Betriebskommissionen der Kriegsbeschädigten, Schaffung von Siedlungsmöglichkeiten, Heranziehung von tüchtigen Berufsberatern bei Umstellung der Betriebe. Diese Entschließung wurde nach heftiger Bekämpfung durch Vertreter der Internationalen angenommen und die Organisation des Reichsbundes wurde beauftragt, sofort mit der Reichsregierung in Verhandlungen zu treten. Außerdem wurde die nachfolgende Entschließung angenommen:

Die von der Stillegung der staatlichen und privaten Kriegsbetriebe betroffenen Arbeiter und Angestellten, insbesondere die dort beschäftigten Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, sprechen der Reichsregierung ihre schärfste Mißbilligung aus, daß sie es unterlassen hat, rechtzeitig durch Heranziehung tüchtiger Fachleute die jetzigen Zustände abzuwenden. Durch Berufung geeigneter Persönlichkeiten ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit wäre es möglich gewesen, daß alle diese Betriebe schon jetzt wieder der Allgemeinheit nützliche Werte schaffen. Des weiteren wird gefordert, daß sofort alle Schritte unternommen werden, um den jetzt arbeitslosen Arbeitern und Angestellten Beschäftigung zu verschaffen. In dem schleunigen Aufbau von Kleinsiedelungen, die einer großen Zahl der Bevölkerung Rückkehr zu geordneten Verhältnissen ermöglichen und eine Erleichterung in der Ernährungsfrage schaffen, erblicken wir eine Möglichkeit, die Umstellung der Betriebe zu erleichtern insofern, weil dann eine Abwanderung von deutschen Technikern, Kaufleuten und Arbeitern in das Ausland vermieden wird, denn diese sollen durch ihre Arbeitskraft besonders die Opfer des Krieges unterstützen, indem sie nützliche Werte schaffen. Die sozialistische Republik kann nur bestehen, wenn alle produktiv arbeitenden Kräfte des deutschen Volkes durch ehrliche Arbeit ein neues Deutschland aufbauen. Die wirtschaftliche und moralische Verwirrung ist der Untergang des deutschen Reiches.

Gewerkschaftliches.

Machenschaften der Klothleute im Buchbinder-Verband.

Uns wird geschrieben:

Zentralvorsitzender des Buchbinder-Verbandes ist noch immer Emil Kloth. Wie lange noch? Seit 1913 hat ein Verbandstag nicht mehr stattgefunden. Auf Drängen der Mitglieder in letzter Zeit wird nun Ende Juli die Verbandstagung in Würzburg sein. Die Stellung der Gewerkschaften zum Kriegsgedanken und auch die „Immer feste druff"-Idee im militärisch-chauvinistischen Sinne, die der Zentralvorsitzende vertritt, wird dort einer leidenschaftlichen Kritik unterliegen. Die Mitglieder regen sich allüberall, nicht nur in den großen Zahlstellen. Nicht Mitbestimmungs-, sondern Bestimmungsrecht fordern die Mitglieder. Dies ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit für jeden Organisierten, nur nicht für die Klothleute und die Verfechter der Generalkommissionspolitik. Sie schreien, im Verein mit dem „Vorwärts", Zeter und Mordio und jammern über Unduldsamkeit und Terror, der nun auch im Buchbinder-Verband seit einigen Monaten eingezogen sei. So hatte eine Generalversammlung der Zahlstelle Berlin fast einstimmig, und eine darauffolgende Urabstimmung mit überwältigender Mehrheit beschlossen, den „Vorwärts" infolge seiner arbeiterfeindlichen Haltung als Publikationsorgan nicht mehr zu benutzen. Gegen diesen Beschluß und den neuen Geist überhaupt hatten nun einige Mannen dieser bestimmten Lohgerber in einer Sonderversammlung Sturm zu laufen. Es ist erstaunlich, wie Leute, die vier Kriegsjahre hindurch und länger ganz autokratisch schalteten und zum Teil die Mitglieder vergewaltigten, den Mut aufbringen, jetzt über Unduldsamkeit zu jammern. Es ist bezeichnend für dieses Konventikel, wenn sich in ihm die ehemaligen feindlichen Brüder Emil Kloth und Georg Schmidt (jetziger Gewerkschaftsredakteur des „Vorwärts") zusammenfanden, um aufzuhalten, was nicht mehr zu bannen ist. Die Vertretung des Verbandes zum Gewerkschaftskongreß sucht der Zentralvorstand in seinem Sinne zu beeinflussen, und er hofft, daß ihm die Irreführung der Mitglieder dieses eine Mal noch glücken werde. Zehn Mandate stehen dem Verbande zu, zwei Mandate nimmt der Verbandsvorstand vorweg für sich in Anspruch und bestimmt dazu den Zentralvorsitzenden Emil Kloth und den Redakteur der Buchbinder-Zeitung. Die übrigen acht Mandate sollen durch Urabstimmung der Mitglieder — das ganze Verbandsgebiet ein Wahlkreis — ausgewählt werden. Der Verbandsvorstand spekuliert mit diesem Vorgehen auf die Provinzorte, die von der Gewerkschafts- und rechtssozialistischen Presse beeinflußt — dem Rätegedanken noch nicht ganz huldigen. Er hofft dabei, nachdem er sich selber im voraus mit zwei Mandaten versorgt hat, seine Anhänger durchzubekommen. Dem Beschluß der Generalversammlung der Zahlstelle Berlin, daß alle 10 Mandate durch Urabstimmung zu besetzen seien, er selbst sich auch der Vertrauensprobe der Mitglieder zu unterziehen habe, hat der Verbandsvorstand nicht beachtet. Er fürchtet diese Probe und nimmt sich dieses Mandat; als eine ordentliche Vertretung der Mitglieder ist es aber nicht anzusehen. Die Zeiten der Instanzenvertretung sind vorbei. Jetzt haben die Massen das Wort. Das sollte auch ein Eugen Brückner einsehen. Auch die Drohung mit einer eventuellen Spaltung des Verbandes wird die revolutionäre Entwicklung im Gewerkschaftsleben nicht aufhalten. Eugen Bruckner ist auch Mitglied des Zentralvorstandes der Buchbinder und möchte auch gern zum Gewerkschaftskongreß. Kloth hat aber, wie oben erwähnt, schon für sich und den Redakteur je ein Mandat genommen, noch ein drittes Mandat den Mitgliedern zu stehlen, hat man doch nicht gewagt. Zudem kamen dann noch mehr Bewerber aus dem Zentralvorstand in Frage. Neben der beschränkenden Maßnahme, das ganze Verbandsgebiet als einen Wahlkreis zu erklären, kommt der Verbandsvorstand alle Wahlvorschläge entgegen, auch wenn Generalversammlungen sich in der Zahl ihrer Vorschläge beschränkten. Die Zahlstelle Berlin beschloß nur vier Kandidaten in Vorschlag zu bringen und verlangte daß diese Vertreter auf dem Boden des revolutionären Rätesystems zu stehen hätten. Vor diesem revolutionären Rätesystem: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten" haben manche Gewerkschaftsführer eine heillose Angst. Sie, die die Diktatur eines Ludendorff und Groener mitmachten, wehren sich verzweifelt gegen eine Diktatur des Proletariats. Brückner der von der Zahlstelle Berlin nicht vorgeschlagen, ist vom Zentralvorstand doch auf die Kandidatenliste zum Gewerkschaftskongreß gesetzt. Die revolutionäre Kollegenschaft muß das Verlangen unserer Leute, auf den Gewerkschaftskongreß zu kommen und dort die Interessen des Proletariats erneut zu verraten, verhindern und alles daran setzen, nur Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft zu entsenden.

Die Bauarbeiter zum Verbandstag.

Am Mittwoch nahm eine gutbesuchte Generalversammlung der Berliner Bauarbeiter den Bericht vom Verbandstag in Weimar entgegen. Zunächst entstand eine längere Diskussion über einen Antrag des Kollegen Busse, als ersten Punkt der Tagesordnung darüber abzustimmen, ob der „Vorwärts" weiter als Publikationsorgan benutzt werden soll oder nicht. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. Darauf begründet Kollege Hoffmann in längeren Ausführungen den Antrag, nicht mehr im „Vorwärts" zu inserieren, indem er dem „Vorwärts" sein ganzes Sündenregister vorhielt. Daß die Rede den wenigen Anhängern der Rechtssozialisten äußerst unangenehm war, bewiesen die stürmischen Zwischenrufe der wenn auch kleinen, doch um so lauteren Schar. In der Debatte fand sich nicht ein Verteidiger des „Vorwärts", und der Antrag selbst wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Den Bericht aus Weimar gab Kollege Gollmick. Redner beleuchtete die dortige Tagung und führte im wesentlichen das vor Augen, was wir bereits in unseren ausführlichen Berichten gebracht haben. Er kam zu dem Ergebnis, auf dem Verbandstage sei von der Revolution nichts zu spüren gewesen, derselbe habe nur die eine Bedeutung gehabt, der reaktionären Haltung des Vorstandes den Rücken zu decken. Es sei der Opposition unmöglich gewesen, überhaupt ausreichend zum Wort zu kommen.

In der Diskussion, an der sich nur die Kollegen Kröger und Gericke beteiligten, wurde die Haltung der Berliner Kollegen gebilligt und besonders lebhaft das Auftreten Winnigs und Paeplows verurteilt. Allgemeine Entrüstung herrschte über Horler, Karlsruhe, welcher sich damit gebrüstet habe, im Januar mit der Waffe in der Hand gegen Berliner Arbeiter gekämpft zu haben, und treffend war der Ausspruch, daß gerade diejenigen sich nicht vor dem Bruderkampf scheuen, welche es verstanden haben, sich vor der nach ihrer Angabe heiligsten Pflicht, das Vaterland zu verteidigen, zu drücken.

Eine Resolution wurde angenommen, welche dem Hauptvorstand das Vertrauen der Berliner Mitglieder abspricht. Die Versammlung erklärt, sich auf den Boden des Rätesystems zu stellen und fordert ihre Ortsverwaltung auf, alle Versuche, ihre Tätigkeit zu beeinträchtigen, abzuwehren.

Stürmische Debatten gab es dann beim nächsten Punkt der Tagesordnung Aufstellung der Kandidaten zur Vorstandswahl; besonders lebhaft entbrannte der Kampf um den bisherigen zweiten Vorsitzenden, den Kollegen Mehle, welchem als besonders belastend vorgehalten wurde, daß er im Berliner Rathaus für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes gestimmt habe. Eine Abstimmung über die einzelnen Kandidaten wurde nicht zugelassen. Vor der Aufstellung mußte jeder Vorgeschlagene seine Parteizugehörigkeit bekanntgeben. Es kandidieren als 1. Vors.: Thöns (U.S.P.), als 2. Vors.: Mehle (S.P.D.), Kaiser (U.S.P.), Binting (U.S.P.); 1. Kassierer: Wartenberg (S.P.D.), 2. Kassierer: Richter (S.P.D.), Klaus (U.S.P.), Kelpinsky (U.S.P.), Busse (U.S.P.); 1. Schriftführer: Wingler (S.P.D.), Jänsch (S.P.D.), Rieder (U.S.P.), Schiele (U.S.P.), Klöpfer (U.S.P.); 2. Schriftführer: Röther (S.P.D.), Röser (S.P.D.), Tornow (U.S.P.); als Bureauangestellter: Berger (S.P.D.), Gänge (U.S.P.), Heidte (U.S.P.), Kröger (U.S.P.), Drahtwa (U.S.P.). Ein Antrag Gollmick, daß alle Kandidaten mit Stimmenmehrheit gewählt werden müssen, wurde angenommen.

Der Holzarbeiterstreik.

Am 22. Mai beschlossen die Versammlungen sämtlicher bestreikten Betriebe, trotz Erklärung des Schlichtungsausschusses, die zentralen Vereinbarungen über eine Teuerungszulage nicht für rechtsverbindlich für die Berliner Arbeitgeber betrachten zu können, an den Teuerungszulagen unverändert festzuhalten. Wie notwendig die Gewährung dieser Teuerungszulage ist, beweist die Tatsache, daß Mindestlöhne noch bis herab auf 1,60 M. für Facharbeiter vorhanden sind. Der Durchschnittslohn beträgt: für Möbeltischler 2,00 M., Bautischler 2,30 M., Polierer 2,00 M., Weißmöbeltischler 2,65 M., Laden- und Kontortischler 2,50 M.

Die streikenden Holzarbeiter verlangen deshalb vom Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch über die Berechtigung der Teuerungszulagen. Von diesen Beschlüssen wurden die Arbeitgeber sowohl als auch der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses sofort in Kenntnis gesetzt. Inzwischen setzte bei den Berliner Holzindustriellen ein ungeheurer Terror ein. Einzelne ihrer Mitglieder gingen von Betrieb zu Betrieb, die bewilligt hatten, und drohten den Inhabern mit Materialsperre, wenn sie die bewilligten Forderungen nicht wieder rückgängig machen. Der Erfolg war allerdings bis jetzt gering. Unsere Kollegen werden durch das lange Hinziehen bis zum Zusammentritt des Schlichtungsausschusses — der Termin ist auf Dienstag, den 3. Juni, vormittags 11 Uhr, angesetzt — auf eine harte Geduldsprobe gestellt. Bei unserer Rücksprache heute morgen im Reichsarbeitsamt wurde seitens des Vorsitzenden erklärt, daß eine frühere Zusammenberufung des Ausschusses nicht möglich war, weil auf unser Verlangen dazu die Vorsitzenden des Arbeitgeberschutzverbandes geladen werden. Hinzu komme noch, daß am Montag, den 2. Juni, die Städtekonferenz der Arbeitgeber in Berlin stattfinde.

Man kann damit einverstanden sein, daß die Abhaltung dieser Städtekonferenz dem Wiederzusammentritt des Schlichtungsausschusses vorausging. Der Städtekonferenz wird es obliegen, die schon durchgeführten Vereinbarungen zu sanktionieren. Ihre Entscheidung ist dann auch für Berlin von großer Bedeutung.

Unsere Kollegen führen nun seit vier Wochen einen schweren Kampf mit den Berliner Holzindustriellen. Schwere Opfer haben sie auf sich genommen. Aber ihr Kampfesmut wird den Unternehmern Trotz bieten, bis das Schiedsgericht ihren berechtigten Forderungen Geltung verschafft hat. Bis dahin gilt es, die Wankelmütigen aufzurütteln, weiter zu kämpfen, bis die Entscheidung gefallen ist.

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Auf dem Industriebeamtentag wurde bekanntlich eine Resolution, die den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit feststellt, von Vertretern des Deutschen Technikerverbandes wegen ihrer scharfen Fassung bekämpft und in der ersten Abstimmung mit nur 47 gegen 46 Stimmen angenommen. Wir erhalten nun folgende Zuschrift, die eine Erklärung für diese Stellungnahme zu geben sucht: „Der Antrag Reinickendorf-Tegel ist den Mitgliedern des D.T.V. verspätet zugegangen und hat nicht gedruckt vorgelegen, sodaß nur eine Verlesung durch den Versammlungsleiter erfolgte. Hierdurch ist ein Mißverständnis bei den Delegierten des D.T.V. entstanden und darauf die erste Abstimmung zurückzuführen.

Nach den aufklärenden Worten des Herrn Aufhäuser vom B.t.i.B. und ganz besonders durch die Ausführungen des Verbandsbeamten Kaufmann vom D.T.-V. wurde die irrige Auffassung bei den Delegierten des D.T.-V. behoben und erfolgte daraufhin die neue Abstimmung, die sicher noch günstiger geworden wäre, wenn der Antrag rechtzeitig gedruckt vorgelegen hätte. Würdemann, Delegierter des D.T.-V. und Vorstandsmitglied in neuem Bund.

Die Branchenleitung der Treibriemensattler hatte zum Sonntag eine Versammlung der Betriebssattler einberufen, um Stellung zum Kollektivvertrag zu nehmen. Der Branchenleiter, Kollege Cain, bezeichnete das bestehende Lohnabkommen gegenüber der jetzigen wirtschaftlichen Lage als unzureichend. Die stark besuchte Versammlung, in der sämtliche Großbetriebe vertreten waren, beschloß einstimmig, das jetzige Lohnabkommen sofort zu kündigen. Es wurde angeführt, daß in verschiedenen Betrieben die Betriebssattler als Kulis betrachtet würden, und verlangen sie, den anderen Berufen einigermaßen gleichgestellt zu werden. Ein dahingehender Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Lohn soll für gelernte Sattler und solche, die die Fähigkeiten eines Gelernten haben, 3,25 M. pro Stunde betragen. Betriebe, in denen der bisherige Lohn nicht gezahlt wird, zahlen eine sofortige Zulage von 40 Pf. pro Stunde und den Rest am 1. August. Um der Arbeitslosigkeit im Gewerbe zu steuern, sollen nur gelernte Sattler durch Vermittlung des paritätischen Arbeitsnachweises Anstellung finden, wogegen Hilfskräfte nicht mehr angelernt werden sollen, da solche leicht zu Lohndrückern herabsinken. Die Versammlung erklärte, bei nicht genügender Berücksichtigung ihrer Forderung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzustehen.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Groß-Berlin. Im Reichsarbeitsamt liegt gegenwärtig ein Gesetzentwurf über die Betriebsräte vor, der auch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse regeln soll. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen beschäftigt sich mit diesem Gesetzentwurf in einer am Dienstag, den 2. Juni, abends ½8 Uhr im Sportpalast, Potsdamer Str. 72 stattfindenden öffentlichen Protestversammlung und ruft zur Teilnahme und zum Protest auf. Alle Ausschußmitglieder, Obleute, Vertrauenspersonen und Funktionäre in Industrie und Handel werden ersucht, Einladungszettel für diese Versammlung am Montag mittag von 12 Uhr ab im Verbandsbureau, Münzstraße 20, abholen zu lassen.

Achtung, Ensemblemusiker! Am Montag, den 2. Juni, vorm. 10 Uhr pünktlich, findet im großen Saale der Musikersäle, Kaiser Wilhelmstr. 31, eine Versammlung der Sektion der Ensemblemusiker statt. Tagesordnung: Tariffragen.

Jugendliche Holzarbeiter, Lehrlinge und Holzarbeiterinnen! Dienstag abend ½8 Uhr Jugendversammlung in der Bildungsschule, Schicklerstr. 5—6.

Werkmeisterbezirksverein Tegel. Die Versammlung findet nicht am 7. Juni, sondern heute abend 6 Uhr im Café Hohenzollern statt.

Groß-Berlin.

Abermals Rechtssozialisten gegen kommunale Arbeiterräte.

In Wittenau-Borsigwalde sollten in der letzten Gemeindevertretersitzung die nötigen Besoldungen für die Arbeiterräte festgestellt werden. Der Bürgermeister machte von der erfolgten Neuwahl Mitteilung, auch von dem Verlangen nach zwei besoldeten Arbeiterräten; bei dem dritten sollte nur eine Differenz von etwa 40 Mark wöchentlich gezahlt werden, da er sonst noch als Parteispediteur besoldet ist.

Bürgermeister Witte verwies bei seinen Ausführungen hierzu darauf, daß hier im Verhältnis zu anderen größeren Gemeinden nur ein Arbeiterrat nötig sei, allenfalls wolle man zwei zugestehen, aber keinesfalls drei. Genosse Beutke machte als Arbeiterratsmitglied selbstverständlich gegen diese Stellung Opposition, indem er in ausführlichen Darlegungen die Tätigkeit der Räte schilderte; die Arbeiterschaft am Orte wünsche die drei besoldeten Räte und dem solle hier entsprochen werden. Gem.-Vertr. Quade von den Rechtssozialisten wendete sich gegen Beutke und gegen die Berechtigung der Arbeiterräte, auch gegen die verlangte Zahl der besoldeten, die er gleichfalls für zu hoch hält.

Unsere Genossen traten diesem Verrat von Arbeiterinteressen lebhaft entgegen. Der Bürgermeister wandte sich gegen Hineintragen der Politik in die heutigen Verhandlungen. Weiter bemerkte er noch — nachdem auch noch der neue Schöffe Rotzoll als Rechtssozialist wiederholt wie sein Fraktionskollege Quade sich gegen die Verfechter des Rätesystems gewandt hatten —, daß er nicht wisse, was jetzt noch in der Verwaltung zu kontrollieren wäre, nachdem nunmehr doch die von beiden Fraktionen vermehrten Schöffen mitarbeiteten.

Von verschiedenen Rednern war Quade entgegengehalten worden, daß er mit seiner Meinung recht sehr in der Minderheit bleibe, denn seine Parteigenossen selbst fast in ganz Deutschland treten doch jetzt für das Rätesystem ein. Die Rechtssozialisten waren aber trotzdem nur für einen besoldeten Arbeiterrat zu haben, der (mit Hilfe der Bürgerlichen) mit 7 gegen unsere 6 Stimmen angenommen wurde.

Scharfschießen in Tegel.

Wir leben im Frieden, allerdings unter dem Belagerungszustand, Krieg haben wir trotzdem im Innern. Seit einiger Zeit wird die Bevölkerung von Reinickendorf-Tegel durch Scharfschießen beunruhigt und schweren Gefahren ausgesetzt. Im Kriege war es auf dem Schießplatze ruhig, jetzt ist die Knallerei täglich im Gange. Das Schießplatzkommando des Schießplatzes veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

„Auf dem Schießplatz bei Berlin wird täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags von allen Truppengattungen scharf geschossen. Das Betreten des Schießplatzes sowie das Aufheben von Sprengteilen ist mit größter Lebensgefahr verbunden. Eine vollständige Absperrung des Platzes durch Posten sowie das Schließen der Barrieren kann nicht erfolgen.

Platzkarten und Grasscheine haben während des Schießens keine Gültigkeit. Das Grasschneiden auf dem Kugelberg (Mittellinie) wird vom Kommando nicht gestattet. Vergehen werden strafrechtlich verfolgt werden.

Das Schießplatzkommando.

Veröffentlicht.
Berlin-Reinickendorf, den 17. Mai 1919.
Der Amtsvorsteher."

Schlimmer wie früher! Dafür leben wir auch in einer „neuen Zeit". Und was für einer.

Gegen antisemitische Hetzblätter.

Wir haben schon einige Male auf die in großen Massen zur Verbreitung gelangenden Flugschriften mit stark antisemitischem Inhalt hingewiesen und diese Propaganda als eine Schmach bezeichnet. Auch andere Blätter haben ihr Mißfallen darüber geäußert, daß die Behörden der Verbreitung dieser Hetzflugblätter untätig gegenüberstehen. Das Polizeipräsidium bestreitet jetzt in einer Zuschrift an die Presse, nichts in dieser Sache zu tun; die Polizeibehörde tue ihr Möglichstes, um diesem Unfug zu steuern. So wurden, heißt es weiter, am Dienstag annähernd 2000 derartiger Hetzblätter an ihrem Herstellungsorte polizeilich beschlag-

nahme. Auch sonst ist alles angeordnet, um der Verbreitung auf Straßen usw. nach Möglichkeit zu begegnen. —

2000 Hetzblätter sind also „schon" beschlagnahmt worden und zwar „schon" am letzten Dienstag! Aber hunderttausende sind wochenlang vorher in den Straßen Berlins verteilt worden und haben ihre Wirkung bereits getan. Wenn es gilt, unbequeme Parteien zu unterdrücken, kann die Polizeibehörde auch schneller und energischer vorgehen, wie die Auflösungen verschiedener Versammlungen beweisen. Da soll man noch glauben, daß jeder mit gleichem Maße gemessen wird!

Die Stadtratswahlen in Neukölln ungültig.

In Neukölln waren an Stelle der bürgerlichen unbesoldeten Stadträte durch die beiden sozialdemokratischen Fraktionen je sechs Kandidaten dieser Parteien und ein Bürgerlicher gewählt worden. Gegen die Wahl hatte der Stadtverordnete Abraham (Bürgerlich) Einspruch erhoben, da sie nicht, wie die Städteordnung vorschreibt, bei jedem Kandidaten in getrennter Abstimmung, sondern in zwei Wahlgängen vorgenommen worden war. Die Regierung hat den Einspruch als berechtigt anerkannt und die Wahlen für ungültig erklärt.

Es muß nun eine Neuwahl vorgenommen werden, die nicht anders ausfallen dürfte als die erste. Aber Herr Abraham hat seinen Willen gehabt, und einen Augenblick wird auch der Geist der alten Städteordnung noch einmal über den Neuköllner Stadtverordneten dahinschweben dürfen.

Kurse für Arbeiterräte, Betriebsräte, Funktionäre.

Montag 7—9: Deutsch (Kochstr. 13); Montag 7—9: Russisch (Kochstr. 13); Dienstag 5—7: Die Bank im Wirtschaftsleben (Kochstr. 13); Mittwoch 7—8½: Wirtschaftsgeographie (Kochstraße 13); Donnerstag 7—9: Arbeiterrecht (Kochstr. 13); Donnerstag 7—9: Fabrikorganisation und Buchführung (Kochstr. 13); Freitag 5—7: Verkehr mit Banken (Kochstr. 13); Freitag 7—9: Betriebskunde (Kochstr. 13); Sonnabend ½7—8: Gewerbehygiene (Turmstr. 19); Sonnabend 7—9: Englisch (Kochstr. 13).

Zur Kommunalisierung der Lebensmittel in Adlershof.

Nachdem die Gemeindevertretung in Adlershof keinen Zweifel gelassen hat, die Verteilung der Lebensmittel nur durch die Gemeinde selbst vornehmen zu lassen, versuchen die dortigen Geschäftsleute, diese bevorstehende Maßnahme zu durchkreuzen. Die Hausfrauen werden von den Kaufleuten aufgefordert, sich in die in allen Geschäften ausliegenden Listen einzuzeichnen, um auf diese Art kundzugeben, daß sie gewillt seien, auch fernerhin bei „ihrem" Kaufmann ihre Einkäufe zu erledigen. Jede umsichtige Hausfrau aber wird sich sagen müssen, daß durch ihre Unterschrift nur den Interessen der Kaufleute, nicht aber der notleidenden Bevölkerung gedient ist. Den Geschäftsleuten aber muß gesagt werden, daß sie durch ihren Stimmenfang die Kommunalisierung der Lebensmittel nicht aufhalten werden.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß vor kurzer Zeit der Verkauf der von der Gemeinde gelieferten Lebensmittel einem hiesigen Kaufmann entzogen werden mußte, weil der Biedermann zurückbehaltenes Auslandsmehl per Pfund mit 5 Mark weiter verkaufte. Derselbe bot auch Butter an, das halbe Pfund zu 20 Mark.

—

Entlassungsanzüge für Kriegsbeschädigte. Die Reichsregierung hat die Mittel bewilligt, um den in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 9. November 1918 mit Versorgungsberechtigung entlassenen Kriegsbeschädigten mit niedrigen Einkommen einen Entlassungsanzug zu gewähren. Die näheren Bestimmungen finden unsere Leser im Anzeigenteil dieser Nummer.

Bei einem Einbruch in die Räume der Waffenstillstandskommission in der Budapester Straße 14 erbeuteten Einbrecher ungefähr 120 000 Mark aus einem Geldspind, das sie erbrachen. Bisher gelang es noch nicht, die Diebe, die bei der „Arbeit" gestört und dadurch an ihre Vollendung gehindert wurden, zu ermitteln. Nachrichten, die zur Festnahme führen können, werden im Zimmer 33 des Berliner Polizeipräsidiums entgegengenommen. Auf die Ergreifung sind 5000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigten, Ortsgr. Spandau. Die Ausweise für die Ermäßigung der Spandauer Straßenbahnen müssen am Sonnabend von 10—3 Uhr beim Vorsitzenden Bäcker, Gartenstr. 10, in Empfang genommen werden.

Freireligiöse Gemeinde. Am Sonntag, den 1. Juni, vorm. 11 Uhr, in der Klosterkirche, Klosterstr. 73a, Vortrag der Frau M. Krische: Vom wahren Spiegel des Weltkrieges. (Frank, Barbusse, Latzko.) — Gäste willkommen.

Die Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie beruft zum Sonnabend, den 31. Mai, abends 6 Uhr, eine Mitgliederversammlung nach der Aula des Sophien-Gymnasiums, Weinmeisterstr. 15, ein. Eintritt nur mit Legitimation.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie. Die Mitglieder werden gebeten, zu der heute abend in der Aula des Gymnasiums in der Weinmeisterstraße stattfindenden Mitgliederversammlung recht zahlreich zu erscheinen, da wichtige Beschlüsse in bezug auf den Sozialistentag gefaßt werden sollen.

Internat. Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Ortsgruppe Lichterfelde. Jeden Montag nach dem 1.: Mitgliederversammlung, jeden Montag nach dem 15.: Zahlabend (Beginn 8 Uhr abends) bei Lenski, Hindenburgdamm 54. Montag, den 2. Juni, abends 7½ Uhr, öffentliche Versammlung bei Degner, Hindenburgdamm 104. Näheres siehe Inserat.

Lebensmittelkalender.

Berlin. Bis Montag in den Bezirken der 135., 145. und 184. Brotkommission, und bis Mittwoch in den Bezirken der 165., 166., 217., 224., 231., 233. und 234. Brotkommission pro Kopf 125 Gramm Käse.

Pankow. Als Ersatz für fehlende Kartoffeln kommen Graupen und Grieß zum Verkauf; auf die beiden Abschnitte 22d der Kartoffelkarte entfallen zusammen 200 Gramm. — Vom Montag ab auf Abschnitt 31 150 Gramm und auf Abschnitt 32 100 Gramm, also zusammen 250 Gramm Teigwaren.

Reinickendorf. Für die Woche vom 26. Mai bis 1. Juni ist die Fleischmenge wie folgt festgesetzt: 100 Gramm frisches oder gefrorenes Rindfleisch, 120 Gramm Rindfleischkonserven. Außerdem auf Abschnitt N 5 125 Gramm amerikanisches Schweinefleisch. Sonnabend nachmittag von 3 Uhr ab in den amtlichen Lebensmittelverkaufsstellen auf Abschn. 194 ½ Pfd. Schlack- und Mettwurst aus Pferdefleisch, auf Abschnitt 196 ein Pfund frische Blut- und Leberwurst, aus Pferdefleisch hergestellt. Preis: 2,25 M. Von 9 Uhr vorm. ab auf Abschn. 191 ½ Pfund gefrorenes Pferdefleisch in folgenden Verkaufsstellen: Kopenhagener Str. 36, Pankower Allee 36, Berliner Str. 113, Eichhornstr. 34 (Ecke Birkenstraße). Die Käufer haben als besondere Legitimation die braune Ausweiskarte mitzubringen.

Wittenau. Auf Abschnitt J 3 und K 4 der Einfuhrzusatzkarte je 250 Gramm Auslandsmehl. Auf Abschnitt 36 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 250 Gramm Nudeln. Auf Abschnitt 22 der Jugendlichen-Karte eine Dose kondensierte Milch.

Aus den Organisationen.

Neukölln. Der Rednerkursus findet heute nicht statt.

Karlshorst. Montag, den 2. Juni, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in Kuckys Gesellschaftshaus, Auguste-Viktoria-Str. Sehr wichtige Tagesordnung. Die Bezirksleitung.

Tegel. Sonnabend, den 31. Mai, abends 7 Uhr, Rednerkursus im Lokal von Christensen, Schlieperstr. 66.

Oberschöneweide. Sonntag vormittag 10 Uhr öffentliche Volksversammlung in Möllers Blumengarten. T.-O.: „Vor der Entscheidung". Referent Gen. Hauptmann a. D. v. Beerfelde.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Turn-Verein Pankow. Die Turnstunden des Vereins sind wie folgt festgesetzt: Männer- und Lehrlingsabteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Frauenabteilung: Mittwoch von 8—10 Uhr. Schülerabteilung: Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr. Schülerinnenabteilung: Mittwoch von 6—8 Uhr. Sämtliche Abteilungen turnen in der Turnhalle der 7. Gemeindeschule in Pankow, Kaiser-Friedrich-Straße 58. Aufnahmen neuer Mitglieder werden in jeder Turnstunde entgegengenommen.

Freie Turnerschaft Lichtenberg. Die Freie Turnerschaft Lichtenberg veranstaltet am Sonntag, den 1. Juni, bei Schonert, Restaurant „Neuseeland", Stralau, ein Sommerfest. Das Programm besteht aus Konzert, Berliner Ulk-Trio, artistische und turnerische Aufführungen sämtlicher Abteilungen. Anfang 4 Uhr. Eintritt 1 M. Vorverkauf 0,75 M.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Bekanntmachung!

Die Reichsregierung hat die Mittel bewilligt, um den in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 9. November 1918 mit Versorgungsberechtigung entlassenen Kriegsbeschädigten mit niedrigem Einkommen einen Entlassungsanzug zu gewähren.

Als niedriges Einkommen in diesem Sinne soll gelten, wenn der betr. Versorgungsberechtigte

in Gemeinden mit weniger als 50 000 Einwohnern weniger als 2000 M.,

in Gemeinden mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern weniger als 4000 M., und

in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern weniger als 6000 M.

steuerpflichtiges Einkommen besitzt.

Die hiernach zum Empfang eines Entlassungsanzuges Berechtigten haben sich unter Vorlage des Militärpasses, des Rentenbuches und des Steuerzettels an ihre Versorgungsabteilung zu wenden. Bei Versorgungsberechtigten, die nicht steuerpflichtig sind, tritt der zuständigen Gemeindebehörde (Polizei, Gemeindevorstand usw.) an Stelle des Steuerzettels eine einfache Bescheinigung über die Höhe des Einkommens.

Die Versorgungsabteilung stellt ihnen nach Prüfung ihres Anspruches einen Berechtigungsschein aus, auf den der Anzug verabfolgt wird:

für die Angehörigen der Vers.-Abt. I bei der Einkleidungsstelle I, Turmstr. 85a (Badeanstalt),

für die Angehörigen der Vers.-Abt. II bei der Einkleidungsstelle II, Oderberger Straße (Badeanstalt),

für die Angehörigen der Vers.-Abt. III bei der Einkleidungsstelle III, Dennewitzstraße (Badeanstalt),

für die Angehörigen der Vers.-Abt. IV bei der Einkleidungsstelle IV, Blumenstr. 81,

für die Angehörigen der Vers.-Abt. V bei der Einkleidungsstelle V, Spandauer Straße 38,

für die Angehörigen der Vers.-Abt. VI bei der Einkleidungsstelle VI, Staufenstr. 41.

Auf Wunsch kann an Stelle des Anzuges oder einzelner Stücke die Geldentschädigung gewährt werden, die wie die Kriegsbeschädigtenbeihilfe von den Entlassungsstellen gezahlt wird.

Bezirkskommando I—VI.

Biesdorf-Süd Kaulsdorf-Süd in der Nähe d. Bhf. Sadowa □R. von M. 25,— an.

Villen-Grundstück: in der Gartenstadt **Falkenhagen-West** dir. a. Bhf. Seegefeld. □R. von 80 M. aufwärts.

Gartengrundstücke Anlage b. Obstgärt. Gut., fruchtb. Ackerland, Kaulsdorf-Nord, Biesdorf-Nord. □M. v. M. 40, an. Günstigste Zahlungsbeding.

Eigenheim-Gesellschaft Nieschalke & Nitsche, Berlin NO 43, Neue Königstraße 16.

Niederschöneweide. Ab 1. Juni wird unsere Spedition von Sedanstraße 57 zu **Gronius, Fließstraße 23** verlegt. Alle Beschwerden und Bestellungen bitten wir dorthin zu richten.

Zähne v. 3 M. an mit echtem Friedens-Kautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomben. Umarbeitung schlechtsitzender Gebisse u. Reparat. sof. Zahnziehen mit Betäubung. Billige Preise ev. Teilzahlung. L. D. Löser Ir. nur Elsasser-Str. 39, alte Friedrich-Str. 1—4.

Auf Kredit und Barzahlung **Möbel** Herren- u. Wohn-Zimmer, Schlaf- u. Speisezimmer. **Mod. Küchen** Einz. Möbel sowie ganze Ausstattungen Damen- u. Herren-**Konfecktion** Leichte Zahlungsweise **Kredithaus „ANDERS"** Grösstes Haus direkt am Nettelbeckplatz **Reinickendorfer-Str. 16** Pank-Gerichtstraßen-Ecke Part. I. II. III. IV. Etage

Mandoline 35 Mk. m. Messingbünde, Toninstrumente, Geigen, neue u. eingespielte, für Konzert u. Unterricht, fachm. geprüfte Instrumente. Formkästen, Saiten, Bänder, Konzertlaute 70 Mk. Verlangen Sie Preisliste! Gitarren 40 Mk. Zither 35 Mk. Unterlegnoten in gr. Auswahl, Notenlager, großes, für Klavier und Geige. Sprechmaschinen - Platten, neu, eingetroffen. **Musik-Haus A. Guddat** Neukölln, Berliner Straße 47/48

Achtung! Achtung! Zu Sonntag, den 1. Juni werden alle Kollegen von Spandau „A.-W.-Süd" Halle 3 z. Eröffnungsfeier bei unserem Kollegen Otto Lange eingeladen. Hermsdorfer Str. 12 Restaurant zur Lokomotive. Das Festkomitee Kopezinski u. Lee.

Wie ich meine **Tätowierung** schmerzl. ohne Stechen ... entfernte, Prospekt gratis. Sprechz. 3—7, Sonnt. 9—12. Nitschke, Charlottenburg, Kantstraße 60, nahe Bahnhof.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Mandoline, Laute, Gitarre, Wandermandoline 45.—, erstkl. 55.— Konzertlaute 125.—, 145.—, (Unterricht 8.—, Monatshonorar, evtl. 10 stündige Schnellkursus) Künstlervioline mit Zubehör 125.—, Konzertgeige 75.—, Ernst Oranienstr. 146 III.

Piano, Harmonium Flügel, neu, gebraucht Bechsteinflügel, verkauft billig Ernst, Oranienstr. 146 III.

Verliehen gewesene und neue Möbel verkauft billigst Seelig, Lothringer Straße 24 (Schönhauser Tor). Kleiderschränke, Vertikos 65.00, 85.00, 125.00, neue zusammen 200.00, Bettstellen m. Matratzen 65.00, 85.00, Muschel-, engl. Bettstellen, Sofa, Chaiselongues, Spiegel, Kommode billigst. Gr. Auswahl in eleganten neuen Möbeln. Komplette Küche 175.00. Versende nach außerhalb.

Tüllbettverkauf Tischdecken, Divandecken, Tüllbettdecken, Steppdecken, Künstlergardinen, Zugardinen, Stores, Portieren, Läuferstoffe und Federbetten billigst Ehrmann Frankenstr. 8 II. Ecke Eisenacher Str. (Schöneberg).

Metallbetten weiß schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.— an. Meiske, Auguststraße 37a. Quergeb. parterre.

Pianos vorzügliche neue auf gutem Material, gute gebrauchte, wenig gespielte Pianos in großer Auswahl verkauft nur gegen Barzahlung, daher mäßige Preise. **Liban, Neukölln, Münchener Str. 38**

Küchen, moderne, mit, ohne Anrichte, roh, gestrichen. Klassen-Auswahl, enorm preiswert. Himmel, Landsbergerstr. 22.

Fahrräder aller Größen, Leiterwagen, Kastenwagen, Sportwagen und dergl. Weidlich, Rennenstraße 96, Nord. 5664.

Reiseräde Schlafzimmer, Speisezimmer mit Rindledersofa, Küche, Ankleideschrank. Versch. einz., Umbausofa, Chaiselongues, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teltz, Köpenicker Str. 154, 4. Eig. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Oberbetten an jedermann. Reichste Auswahl, bequemste Abzahlung ... Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. ... eine Treppe.

Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Divandecken, Künstlergardinen, Zuggardinen, Stores, Portieren, Steppdecken, Tüllbettdecken, Läuferstoffe, Federbetten usw. staunend billig. Herzig's Gelegenheitskäufe, Zehdenicker Straße 13 (nahe Rosenthaler Platz).

Schneiderinnen Maschinen verlangt Klewitz, Gester Str. 1.

Schneiderjacketts, Ulster, Gehrock und West-Frack verkauft Schultze Franzstr. 4.

Friedensware, solange Vorrat reicht, verkauft preiswert allerh. Gardinen, Stores, Portieren, Tüll - Bettdecken, Divandecken, Tischdecken, Waffeldecken, Dekorationen, sowie fast neue Teppiche, Läuferstoffe, Bettvorlagen, Steppdecken und andere Gelegenheitskäufe. Friedl, Prinzenstraße 54, 2 Tr. (Moritzpl.).

Schöne Küchen-einrichtung, gebraucht, moderne billig, Dragonerstr. 18, Hinterhaus im Keller.

Verkaufe elektrische Materialien, Accumulatoren, Glockenspiel, Spaa erstock. Streuber, Triftstr. 48.

Kinderwagen, Klappsportwagen verkauft Rohde, Turiner Str. 9.

Gesticktes, weißes Kleid kleine Figur, verkauft Weiß, O. Gärtnerstr. 13 I.

Verkaufe Frauenkleidung, Verschiedenes, billig. Schnigalla, Berlin, Linienstr. 119, Seitenflügel.

Damenstiefel, 38, neu verkauft Majchrowicz, Eberystraße 24.

Werkzeuge aller Art kauft laufend Klammer, Glogauer Strasse 4.

Schlafzimmer, fast neu mit guten Drellmatratzen, umständehalber zu verkaufen. Besichtigung Sonntag v. 10 Uhr an. Reinickendorf - Ost, Hollanderstr. 124 vorn I Tr. rechts.

Kleiderschrank, Vertikow, Kommode, Sing.-Bobbin, Wheeler-Wilson-Nähmaschine verk. von 5—7, Mahler, Nordkapstr. 4, Hof geradezu.

Kunst - Metallgießerei, s. Kernstück - Former zwecks Gründung einer Genossenschaft. Aufträge genügend vorhanden. Off. u. O. W. an Postamt 14.

Wohnzimmer, Schlafzimmer, Küche, Klavier, fast neu. Div. umzugsh. billig zu verkaufen. Pönnicke, Buch b. Berlin, Kolonie Alpenberge, Tiroler Ecke Steiermärker Str.

Restaurant zu verkaufen Liebenwalder Straße 57.

Herrenrad, Gummibereifung verkauft Degen, Lichtenberg, Boxhagener Chaussee 13 I. Part.

Briefmarken kauft von 12—6 Uhr, Walter, Werftstr. 3, II. Etage.

Nähmaschinentischchen, weiß, 75 und 60 cm lang, Platten-Schrank-Tisch zu verkaufen. Pohlmann, Sonnenburgerstr. 24.

Straßen-, Haus- u. Ballschuhe aus geliefertem Stoffen fertigt A. Zacher, Manteuffelstraße 9a. Quergeb. ptr.

Gehrock-Anzug, Sommer-Ueberzieher verkauft Mathow, Lynarstr. 16.

Brennspiritus, einen Posten hat abzugeben event. laufend. Off. unter Postlagerkarte Nr. O 55, 34.

Paddelboot, Fahrraddecke 28, zu verkauf. Lehmann, Hasenheide 21.

Segelboot 24 qm 1000, sportfähig, verkauft N 39, Föhrerstraße 7. Angebote unter B. H. an die Expedition dieses Blattes.

Kaufgesuche

Kupfer sämtl. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silberbruch, Zahngebisse kauft zu Fabrikpreisen „Metallschmelze Cohn" Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kais.-Friedr.-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Messing Quecksilber! Zinn! Sämtliche Metallabfälle! Platin! Gold! Silber! Zahngebisse! kauft zu Fabrikpreisen! Metallschmelze Baruch Fennstr. 46.

Platinankauf Silberabfälle, Goldabfälle, Zahngebisse, Münzenankauf, Kauft Zinnkurchner ... II.

Platin! Silber! zu Original - Schmelzpreisen kauft Metallschmelze Cohn, Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Quecksilber Platin! Zahngebisse! Silber! Kupfer! etc. kauft zu Selbstverbrauch - Preisen „Metallschmelze Baruch" Fennstrasse 46

Buschmagnete, ... kauft Meyerfiliale Zehdenicker Str. 12a. (4—7.)

Klavier oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft Schachtschneider, Buckowerst. 14 III. Preisangebot erbeten.

Piano, Geldschrank, Teppich kauft Walter Schneider, Waldenberger Str. 2. Alexander 1487.

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft Zweig, Invalidenstraße 142, Telephon: Norden 3949.

Briefmarken aller Länder kft. Keßler, Langhaer Str. 61.

Platinabfälle! Goldbruch, Silberbruch, Silbertiegel, Quecksilber, Zahngebisse, Kupferabfälle, Messingabfälle, Nickel, Aluminium, Zinn, Zink, Blei kauft Metalleinkaufs-Zentrale, Neanderstraße 13, Moritzplatz 667. Händler, Fabrikanten Engrospreise.

Flügel oder Piano sucht von Privatleuten Kleinfeld, Stralauer Str. 28. Preisofferte erbeten.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft Schermann, Andreasstraße 78, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Platinankauf Silberabfälle, Zahngebisse, Goldabfälle, Münzen kauft Frau F. Licke, Blücherstr. 40.

Metallschmelze, Platinabfälle, Silberabfälle, Goldabfälle, Münzen, Zahngebisse, Christabel, Reichenberger Str. 24, Kottbuser Tor.

Schreibmaschine und Nationalkasse sucht zu kaufen Schulze, Liebstraße 1.

Leinölfirnis Standöl Lacke, Bleiweiß, Schellack usw. kaufen jeden Posten Gebrüder Borowski, Gneisenaustr. 2 (Hallesch. Tor) Moritzplatz 2529.

Kupferleitungen, Kabel, Litzen kauft zu höchsten Tagespreisen Elektro-Büro, Langestraße 27 I Ecke Andreasstraße, Alex. 3880.

Produkten engros, Kauft Metalle, Lumpen, Papier, Flaschen und Bodengerümpel. Richter, Kurfürstenstr. 145.

Bett-, Leib-Wäsche, Betten stets zu kaufen gesucht Lange, Adalbertstraße 74.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft preiswert K. Schermann, Große Frankfurter Straße 91 II.

Glimmer kauft Kuttner, Prenzlauer Allee 220.

Fahrradgesuch, Motorradgesuch. Kämmereit, Grosse Frankfurter Str. 14. Alexander 2084.

Leitungsdrähte, Litzen, Kabel, kauft jedes Quantum höchstzahlend Grossfeld, Kottbuser Str. 21, Mol. 4016.

Kupferdrähte, Klingelleitung, Benzin, Messingblech kauft Kuttner, Prenzlauer Allee 220.

Nickelin oder andere Widerstandsdrähte kauft Kuttner, Prenzlauer Allee 220.

Werkzeuge und Maschinen

Motorräder, auch defekte, kauft Liebigstr. 47, Keller.

Spiralbohrer, neue, kauft laufend zu hohen Preisen. Beschke, Nazarethkirchstr. 53.

Kaufe jeden Posten neue Spiralbohrer aus Werkzeug- und Schnellstahl, Reibahlen, Gewindebohrer, Schmirgelleinen, Schraubenschlüssel. Ernst Thiede, Berlin N 39, Sparrstr. 20, vorn 1. Etg.

Spiralbohrer, nur neue, Schmirgelleinen jeden Posten kauft Hanschel, Rostocker Straße 37, Moabit.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Motoren usw. kauft laufend Jannasch, Prinzenstr. 5.

Spiralbohrer, neu, Schmirgelleinen, Schreibmaschinen jeden Posten kauft Zimmer, Moabit, Wittstocker Str. 19, Quergeb. I.

Schnellaufbohrer, neue, kauft laufend und zahlt höchste Preise. Stäbner, Pankow, Westerlandstr. 16.

Spiralbohrer, Metalle, Quecksilber, Leitungsdrähte kauft laufend Klempnerei Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 7.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen usw. kauft dauernd jeden Posten zu allerhöchsten Preisen Possnecker, Neue Königstraße 34, Hof hinten Ecke, am Alexanderplatz.

Spiralbohrer neue aus Werkzeug und Schnellstahl (englisch) kauft laufend jeden Posten gegen Kasse Mangelsdorf, Fehrmstraße 38 II. Fernruf Norden 3482. Geschäftszeit 7—7 Uhr.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft Frick, Reinickendorf, Sommerstr. 45, am Bahnh. Schönholz, Reinickendorf 3118.

Elektromotore kauft auch repariert Kuttner, Prenzlauer Allee 220. Kgstdt. 3692.

Verschiedenes

Ehescheidungen (auch im Armenrecht), Strafsachen, Alimentensachen, Prozeßführg. überall. Gesucht! Hervorragende Erfolge! Beobachtungen, Ermittlungen, Detektivbüro! Rechtsschutz „Wahrheit", Direktor Mandoq, Kottbuser Damm 68 (an der Urban-, Weser-, Kaiser-Friedrich-Str.), Neanderstraße 7, Adalbertstrasse 3, Grosse Frankfurter Strasse 10, Neukölln, Emser Strasse 59. (Auch Sonntags!)

Rechts-Auskunftei, Invalidenstraße 164, Strafsachen, Ehesachen, Alimentensachen, Beobachtungen, Ermittelungen.

Detektivbureau, Ermittelungen, Ehescheidungen ... kürfte billigst. ... strasse 4.

Facharzt Dr. Meyenberg für Geschlechtsleiden 11—1 und 5—7 Uhr Potsdamer Str.

Facharzt für Haut-, Harn-, Frauenleiden ... Schnellste ... Dr. Ritters ... Potsdamer Str. ... 11-1, 5-7. Sonntag ...

Spezialarzt Dr. med. Haedicke Haut-, Harn-, ... Blutuntersuchung ...

Pianos arbeiten ... neu und ... Adolf ...

Arbeitsmarkt

3 zuverl. Botenfrauen werden sofort eingestellt. Freiheit, Schiffbauerdamm 19.

Botenfrauen zum Austragen der Freiheit sucht Glarschner, ... straße 97.

Botenfrauen werden sofort eingestellt Frau Döring, ...

Botenfrau zum Austragen der Freiheit stellt ein ... Hackmann, Michaelkirchplatz ...

Botenfrau wird sofort eingestellt ...

Botenfrauen ... sucht Spedition ... Charlottenburg ...

Inserate für den ... der Freiheit ... 4 Uhr ... Expedition ...